

Der **SOZIALISTISCHE** **KÄMPFER**

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 7—9

Juli—September 1965

2 Schilling

Frieden – die Hoffnung aller!

Alle bisherigen Kriege haben unermessliches Leid über immer größere Teile der Bevölkerung gebracht: Waren es zunächst nur die Kämpfenden, die von den Kriegshandlungen bedroht wurden, so dehnte sich der Bereich der Bedrohung im letzten Krieg auch auf die Bevölkerung des Hinterlandes aus.

Die Entwicklung, die den Angriffswaffen ein Übergewicht über die Verteidigungswaffen gab, ist bis heute nicht abgeschlossen. Aber sie ist heute so weit gediehen, daß im Atomkrieg niemand eine Chance hat. Der Soldat so wenig wie der, der glaubt, sich im Familienbunker verkriechen zu können.

In den Arsenalen der Atommächte sind Kernwaffen angehäuft, die ausreichen würden, um jeden Menschen auf der Welt mit der Sprengkraft einer 100-Tonnen-Bombe konventionellen Sprengstoffes bedenken zu können. Mit anderen Worten: Über jedem von uns schwebt drohend eine V-2-Rakete!

Die Militärs haben für diese Situation einen makabren Ausdruck geprägt. Sie nennen dies „Overkill Capacity“ — die Möglichkeit, mehr Menschen zu töten, als es überhaupt gibt.

In einer solchen Situation darf sich niemand mehr mit billigen Schlagworten zufriedengeben. „Si vis pacem, para bellum“, hat längst seinen Sinn verloren. Denn das Wissen um die Vernichtungskraft von Waffen hat noch nie davon zurückgehalten, sie auch tatsächlich anzuwenden.

Die Entwicklung der Kernwaffen hat die Menschheit erstmalig in die Lage versetzt, sich selbst völlig auszurotten. Sie befindet sich damit, wie der Philosoph Günter Anders feststellt, in einer Endzeit. Wir alle, so folgert er daraus, müssen dafür sorgen, daß daraus nie ein Zeitenende wird.

Die Alternative zur drohenden Selbstvernichtung muß eine doppelte sein: Zunächst einmal, solange die Drohung selbst noch nicht beseitigt ist, dafür zu sorgen, daß sie nie Wirklichkeit wird; gleichzeitig aber muß die Drohung als solche selbst abgebaut werden. Die Erhaltung des Friedens ist die Hoffnung aller — sie ist damit aber auch die Aufgabe aller.

Sun wir wirklich alle genug dafür?

6. August 1945

8.15 Uhr früh...

„Ich rannte. In den Straßen lagen viele Tote, und am Ufer des Flusses lag ein totes Pferd.“ So erzählt Akihiro Takahaschi heute, was er am 6. August 1945, wenige Minuten nach 8.15 Uhr früh erlebte.

Akihiro Takahaschi wird das Schreckliche jener Stunden nach der Atombombenexplosion über Hiroshima nie vergessen können. „Es war furchtbar, und man kann es mit noch so vielen Worten nicht schildern. Das Pferd lag neben dem Fluß, seine Augen waren herausgequollen, und die eine Seite war schwarz verkohlt.“

Knapp sieben Stunden vorher waren von der Südseeinsel Tinian zwei amerikanische Bomberflugzeuge vom Typ B-29 gestartet. Das eine Flugzeug, die „Enola Gay“, trug die neue Bombe, das andere, die „Great Artiste“, war mit Radiosonden ausgerüstet, um die Wirkungen der Bombenexplosion zu messen. Als die beiden Maschinen in rund 10 km Höhe gegen 8.10 Uhr die japanischen Inseln anflogen, lag unter ihnen in der hellen Morgensonne eines klaren Augusttages die Stadt Hiroshima. 300.000 Menschen lebten hier, arbeiteten in Werften und Munitionsfabriken, und freuten sich, daß die amerikanischen Bombengeschwader aus unerfindlichen Gründen die Stadt bisher verschont hatten.

Immer wieder waren die Bomberpuls über die Stadt hinweggezogen, ohne ihre tödliche Last abzuwerfen. Immer wieder hatten die Sirenen dieser größten Hafenstadt Südwestjapans Fliegeralarm gegeben. Nie war etwas passiert. Manche Einwohner schrieben es dem Umstand zu, daß viele der Japaner, die in den USA lebten, aus Hiroshima stammten. Niemand wußte aber den wahren Grund: daß diese Stadt nämlich aufgespart worden war, um die volle Wirkung der neuen, fürchterlichen Geheimwaffe an ihr zu erproben.

Auch an diesem Morgen hatten die Sirenen Alarm gegeben. Aber dann folgte kurz vor 8 Uhr die Entwarnung. Der Alarm hatte nur einem Wettererkundungsflugzeug gegolten.

Die „Enola Gay“ flog die Stadt von der See her an, die „Great Artiste“ flog in weitem Abstand neben ihr. Manche Bürger Hiroshimas sahen empor zu den beiden Flugzeugen. Einige sahen, daß eines der Flugzeuge einen kleinen Gegenstand abwarf, daß sich über dem Gegenstand drei Fallschirme ausbreiteten und daß der langsam zur Erde schwebte. Einige hörten noch, daß das Flugzeug seine Motoren offenbar jetzt schneller laufen ließ. Dann sahen die Menschen, die den Gegenstand beobachtet hatten, nichts mehr — sie waren erblindet für den Rest ihres Lebens, der Sekunden, Minuten, Stunden, bei einigen Monate und Jahre und bei wenigen Jahrzehnte dauern sollte.

Akihiro Takahaschi war damals Oberschüler, 14 Jahre alt. Er stand mit 60 Schulkameraden auf dem Hof seiner Schule. Einige sprachen darüber, ob sie wohl bald evakuiert würden.

„Unsere Schule lag einen Kilometer vom Zentrum entfernt“, sagt Takahaschi. „Ich sah den Blitz nicht. Ich fühlte auch die Explosion nicht. Es gab einen ungeheuren Knall. Ich fand mich 10 Meter vom dem Punkt wieder, an dem ich zuvor gestanden hatte. Nur wenige von uns 60 lebten noch. Alle Gebäude waren zerstört. Ich konnte mir nicht erklären, was geschehen war. Wir rannten los. Ich sah Männer, Frauen und Kinder laufen. Sie weinten, schrien und wimmerten. In den Straßen lagen Tote, andere lagen im Sterben. Uns allen waren die Kleider zu Konfetti zerrissen.“

„Ich sah viele Gespenster, es waren Menschen, denen die Haare vom Kopf fielen, denen die Haut vom Gesicht abfiel. Die Leute hielten ihre Hände aus-

gestreckt. Ich fragte mich, was sie zeigten, denn sie schienen etwas in der Hand zu halten. Es war die schwarz gewordene, sich abschälende Haut ihrer Hände.“

„Auch meine Hände wurden schwarz, dann begann die Haut abzufallen. Meine Füße trugen mich nicht mehr. Ich kroch streckenweise. Es muß Mittag gewesen sein, als ich an einem Militärlazarett vorbeikam. Aber niemand wußte Hilfe. Es waren praktisch keine Medikamente da. Außerdem wußte niemand, welche Medikamente helfen würden, und da alle verwundet waren, konnte ohnehin kaum jemand helfen.“

Frau Tsuruko Schimizu, damals Hausfrau und 36 Jahre alt, war an jenem 6. August 1945 in guter Laune aufgewacht. Sie hatte vor, einer Nachbarsfamilie beim Umzug zu helfen. Ihr Mann war zur Armee eingezogen, ihre beiden Kinder waren bereits evakuiert.

Frau Schimizu hörte den Knall. Sekunden später standen alle Häuser ihrer Nachbarschaft in Flammen. „Ich wollte zu unserem Haus laufen, um zu löschen. Aber unterwegs brach ich zusammen. Stunden später wachte ich in einem Notlazarett wieder auf. Ich sah einen Spiegel und blickte hinein, um zu sehen, ob ich verletzt sei. Erst erkannte ich mein Gesicht nicht. Dann versuchte ich, mich zu fassen. Ich konnte es nicht begreifen. Mein Haar war ausgefallen, mein Gesicht war zu Melonengröße geschwollen. In schwarzen Fetzen fiel mir die Haut ab, auch an den Armen und am Körper.“

Frau Schimizu ist für den Rest ihres Lebens krank, ein menschliches Wrack.

Seiko Ikeda, damals 13, war ein hübsches Schulmädchen. Sie träumte davon, Schauspielerin zu werden. Auch sie stand mit Schulkameradinnen auf einem Schulhof, als die Bombe fiel.

„Eine von uns sagte: ‚Da kommt die B-29‘. Ich blickte auf, aber plötzlich waren meine Augen zu.“ Das war Seikos Glück. Sie hatte offenbar instinktiv vor dem Blitz die Augen geschlossen und erblindete nicht.

„Um mich herum schrien einige ‚Tasukete, Tasukete‘ (Hilfe, Hilfe), aber ich war zu nichts fähig. Als ich meine Augen öffnete, schmerzte mein Gesicht. Arme und Beine schmerzten auch, mein Gesicht begann anzuschwellen. Ich versuchte, nach Hause zu gehen. Ich schaffte es nicht. Irgend jemand nahm mich zu einem Krankenhaus mit. Später, als ich in einen Spiegel sah, konnte ich nur noch weinen. Vorher hatten mich alle als hübsch bezeichnet. Von jetzt an war ich häßlich. Ich wünschte, die Bombe hätte mich getötet. Manchmal wünsche ich es jetzt noch.“

Um 8.15 Uhr am 6. August 1945 war Hiroshima eine geschäftige, blühende Stadt mit Menschen, die manchmal glücklich, manchmal unglücklich waren, aber mit Menschen, die lebten. Um 8.16 Uhr war Hiroshima ein Trümmerfeld mit 78.000 Leichen. 162.000 Menschen starben später an den Folgen ihrer Verletzungen.

In Hiroshima heute...

Mit Gedenkfeiern beging die japanische Stadt Hiroshima am Freitag den 20. Jahrestag des Abwurfes der ersten Atombombe. Im „Park des Friedens“ hatten sich 30.000 Menschen zum Gebet versammelt, während die Glocken der Stadt und die Gongs der Tempel an die Toten erinnerten.

Der Bürgermeister der Stadt, Shinz Hamai, erklärte in einer Rede, alle Menschen guten Willens müßten sich zusammenschließen, um die Menschheit vor der Vernichtung zu retten. Auch heute sei die Welt einer noch nie dagewesenen Gefahr ausgesetzt infolge der Atomwaffen und der Feindseligkeiten in Vietnam und anderen Teilen der Welt.

Der Bürgermeister teilte mit, daß im vergangenen Jahr weitere 69 Überlebende der Katastrophe der Bombe von Hiroshima an der „atomischen Krankheit“ gestorben sind, wodurch die Gesamtzahl der Opfer der ersten Atombombe, die am 6. August um 8.15 Uhr morgens abgeworfen wurde, auf 61.430 erhöht wurde.

(Pressemeldung für die Zeitung zum Frühstückstisch des Wohlstandsbürgers — eine erschütternde Mahnung!)

Das war unsere Käthe



Am Freitag, dem 20. August 1965, könnte unsere unvergeßliche Genossin Käthe Leichter ihren 70. Geburtstag feiern. Wir denken mit tiefer Anteilnahme an ihre Kinder Heinz und Franz und unsere Gedanken vereinigen sich mit jenen ihres Gatten, unseres Genossen Otto Leichter, der sich zu dieser Zeit in Europa befindet. Genosse Otto Leichter wird auch bei unserer Feierstunde mit uns sein, über die wir an anderer Stelle noch berichten. Wir beklagen zutiefst, daß Käthe nicht mehr erleben durfte, was aus ihren Kindern und Enkelkindern geworden ist: Ihr Sohn Franz hat sehr großes Interesse für die Politik und kandidiert in einem Wahlkreis in New York. Daß wir dabei die Gelegenheit benützen, um ihm für seine Kandidatur vollen Erfolg zu wünschen, ist uns aufrichtiges Bedürfnis. Unsere Genossin Käthe Leichter wird in unseren Herzen immer lebendig bleiben. Wir werden sie niemals vergessen!

Als Untersuchungshäftling des Nazi-„Volksgesichtes“ schrieb Käthe Leichter 1938 im Wiener Landesgericht eine autobiographische Schilderung ihrer Kindheit und ihres menschlichen und geistigen Werdens. Sie mußte — im Nazigefängnis — gerade dort stehenbleiben, wo ihr Leben während des ersten Weltkrieges die entscheidende Wendung nahm: als sie, mit magischer Gewalt vom Sozialismus angezogen, sich der Arbeiterbewegung in die Arme warf und eine geistige und moralische Bindung einging, die nur durch die Gaskammer zu Beginn der „Endlösung“ der Judenfrage, im Februar 1942, wahrscheinlich bei den ersten Experimenten mit Massenvergasung, in einem Eisenbahnwagen in der Nähe von Magdeburg, gewaltsam zerstört werden konnte.

Obwohl sich also diese Biographie, mit rücksichtsloser Aufrichtigkeit geschrieben, darauf beschränkt, das Leben eines jungen Mädchens aus gutbürgerlichen Kreisen im Wien von 1914 zu schildern, so gibt doch dieser „Gerichtstag mit dem eigenen Ich“ ein faszinierendes Bild einer reichen Persönlichkeit, deren Interessen weit über den Bereich der Politik hinausgehen, des ungewöhnlichen Reichtums einer Frau, die vielleicht die Letzte in der alten Sozialdemokratie war, die in ihrer Erziehung und in ihren Neigungen alle guten Elemente der österreichischen Kultur und des Humanismus des späten neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts verkörperte.

Marianne Katharina Pick, wie ihr Mädchenname war, wurde in Wien am 20. August 1895 als Tochter eines Wiener Advokaten aus einer wohlhabenden Familie deutsch-böhmischer Textilfabrikanten und einer aus Rumänien stammenden Mutter — der Tochter eines reichen Bankiers — geboren. Ihre Erziehung war für eine Zeit, in der auch in diesen Gesellschaftskreisen Frauenstudium eine Ausnahme bildete, gründlich, umfassend und auf eine berufliche Laufbahn abgestellt. Wie universell Käthes Interessen waren, zeigt vielleicht am besten die lebendige Beschreibung, die sie von einem ihrer typischen Arbeitstage an der Wiener Universität in den ersten Kriegsjahren des ersten Weltkrieges gibt.

„... Wie leistungsfähig ist man doch in diesem Alter, und wie reich und vielfältig an Arbeit und Erleben war damals in diesen ersten Kriegsjahren mein Leben! Noch heute staune ich, was ich alles an einem Tag zustande brachte. Um 8 Uhr früh war ich schon am Ende der Stadt im Döblinger Kinderhort¹. Wenn ich um 12 Uhr wieder wegging, hatte ich unterrichtet, war mit den Buben auf der Kaasgrabenwiese gewesen, hatte Beichten und Wünsche entgegengenommen. Auf der Fahrt zur Universität lernte ich in meinen Skripten und überlegte dabei, von welchen meiner Tanten ich noch ein Kilo Zucker für Frau P., oder Kinderwäsche für Frau K. heraus schlagen könnte, ohne daß es mich einen Nachmittag kosten müßte. 20 Minuten nach 12 Uhr stürzte ich die Treppe zum Hörsaal 41 hinauf, wo Wieser² gewöhnlich schon am Leseput stand. Mittags eine kleine Erfrischung, mit viel Diskussion, am Universitätsbüffet.

Dann eine Stunde, die ich besonders liebte: Im Hof der Universität, an eine Säule gelehnt, auf einer Stufe sitzend, ein wenig Sonne und von dieser eigentümlichen Stimmung des Universitätshofes auffangen, nachdenken, große Pläne schmieden. Dann von 2 bis 4 Uhr, bis die Vorlesung begann, Studium im staatswissenschaftlichen Seminar. Dort war es um die Zeit ruhig und friedlich. Die wenigen Männer, die dort arbeiteten, wußten, daß ich es auch tat, und sahen mich nicht mehr mißtrauisch als Eindringling wie am Anfang an. Ich hatte meinen Fensterplatz, an dem ich ruhig arbeiten konnte. Mit besessener Gründlichkeit hatte ich mir vorgenommen, die ganze dort vor-

handene Literatur über das Wissensgebiet, das mich jeweils beschäftigte, durchzugehen. So las ich einige Wochen nur Handelspolitik, dann wieder nur Theorie des Geldes, oder staatsrechtliche Theorien, später alles, was es an Marx-Kritik gab — Stöße blauer Hefte mit Exzerpten und kritischen Randbemerkungen füllend. Ich habe damals doch ein ganz respektables Wissen in mich aufgenommen. Ob viel davon geblieben ist? Von 6 bis 7 Uhr gab es dann wieder Vorlesungen, Seminarübungen an manchen Nachmittagen, Nachhilfestunden — oft eine willkommene Entspannung im Grün der Cottagevillen.

Um 7 Uhr abends aber schlich ich mich am liebsten noch auf eine Stunde in die Universitätsbibliothek, um das andere, das „Nichtstaatswissenschaftliche“ zu lesen: Geschichte, Philosophie, Kunstgeschichte. Die Universitätsbibliothek aber hatte im Krieg den großen Vorteil, daß zu einer Stunde, in der es überall, um Licht und Kohle zu sparen, finster, kalt und ungemütlich war, Gaslampen brannten, gleichzeitig Licht und Wärme spendend. Ich liebte es besonders, beim Summen dieser Gaslampen, von wohliger Wärme und Stille umgeben, die nur durch Rascheln von Seiten und leisen Schritten gestört wurde, hier zu sitzen und zu lesen. Hob man den Kopf von seinem Buch, so sah man neben sich die Gesichter unbekannter Menschen, alle mit gleicher Inbrunst, wie mir schien, in die Welt der Bücher vertieft, alle gleich beglückt durch die so rar gewordene wohlige Wärme und alle gleich unglücklich, wenn um 8 Uhr gesperrt wurde.

Draußen schlug einem dann Frische und Dunkelheit der fast unbeleuchteten Straße entgegen — auch diesen ein bißchen gespensterhaften Nachhauseweg hatte ich gern. Und zu Hause in der Wohnung, die auch schon ein wenig von ihrem ursprünglichen Glanz eingebüßt hatte, warteten schon die Eltern auf mich. Der Vater, damit ich ihm den neuesten Ausspruch von Bernatzik³ erzähle, ihm am Klavier ein wenig ‚Fidelio‘ oder ‚Tannhäuser‘ vorspiele, die Mutter sichtlich stolz, daß zu den Triumphen der älteren Tochter im Ballsaal nun die der jüngeren Tochter auf der Universität kamen, das Lob eines Professors, die Anerkennung durch Mitstudierende zu hören. Meine Position im Elternhaus war jetzt mächtig gehoben, und mit meiner Lebhaftigkeit und Anschaulichkeit im Erzählen brachte ich gerne etwas Leben und Heiterkeit in die zunehmende Trübsal des Elternhauses im Krieg.

An Sonntagen aber hatte ich eine Kletterpartie beisammen — Assistenten und Mitglieder des Kunsthistorischen Instituts, mit denen ich oft recht gewagte Raxsteige erkletterte oder bei Nacht auf die Rax stieg, um tagsüber am Plateau in der Sonne zu liegen und die Kräfte wiederzugewinnen, die die zunehmende Not der Kriegszeit uns zu rauben drohte. Und zweimal wöchentlich fand ich doch unfehlbar Zeit, mich zur ‚Missa‘ oder zur ‚h-Moll-Messe‘ anzustellen oder im Stehparterre des Mittleren Konzerthaussaales dem Rosé-Quartett zu lauschen...“

Dies war der Mensch, der, zwischen wissenschaftlicher Begabung und künstlerischen Neigungen schwankend, immer wieder von der Politik zu wissenschaftlicher Arbeit zurückkehrte, dann wiederum Wissenschaft mit Politik zu verbinden strebte und in jeder bitteren Stunde zur Musik zurückzukehren imstande war oder im Geiste durch die Uffizien von Florenz wanderte.

Die Anfänge ihrer politischen Arbeit lagen im ersten Weltkrieg. Die große Prozeßbreite Friedrich Adlers vor dem Wiener Ausnahme-Gericht, vor dem er wegen des Attentats auf den österreichischen Ministerpräsidenten, Graf Stürgkh, angeklagt war, Adlers leidenschaftliche Anklage gegen den Kriegsabsolutismus, seine Abrechnung mit allem, was im alten Öster-

¹ Käthe Leichter war in den ersten Kriegsjahren freiwillige Helferin in einem Kinderhort im proletarischen Teil Döblings und lernte hier aus unmittelbarer Erfahrung Arbeiternot im Kriege kennen.

² Professor Friedrich Wieser, ein hervorragender Nationalökonom der Wiener Schule.

³ Hofrat Bernatzik, der bekannteste österreichische Staatsrechtslehrer an der Wiener Universität vor 1914 und bis zum Beginn der Ersten Republik.

reich faul und morsch war, seine kompromißlose Kritik an der Kriegspolitik der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie — das war Käthes großes Jugenderlebnis im Jahre 1916, „die große Wendung“, von der sie in ihrer Autobiographie sprach.

Diesem Erlebnis, das ihr späteres Leben formen sollte, folgt bald der erste dramatische Zusammenstoß in ihrem Leben, ihre Begegnung mit der brutalen Gewalt des deutschen Machtapparates: ein Schicksalsmotiv klang frühzeitig an. Da es an der Wiener Universität damals für Frauen weder ein staatswissenschaftliches noch juristisches Studium gab, mußte sie, wenn sie ihre Studien verfolgen wollte, für mindestens ein Jahr zu den Abschlußstudien und -prüfungen eine deutsche Universität besuchen. Sie ging nach Heidelberg, damals das Zentrum sozialwissenschaftlicher Studien in Europa.

Als sie nach Deutschland kam, fand sie, bereits begeisterte Kriegsgegnerin und Sozialistin, unter den Studenten in Heidelberg einige Gleichgesinnte, vor allem den Dichter Ernst Toller. Als sie nach kaum mehr als einem Vierteljahr in Heidelberg, nach den intensivsten geistigen Erlebnissen, zu kurzen Weihnachtsferien nach Hause kam, durfte sie nicht mehr nach Heidelberg zurückkehren. Das „Generalkommando“ in Heidelberg hatte ihr, einer „gefährlichen“ Pazifistin, die Einreise verboten. Freilich, dieser erste Zusammenstoß mit der Macht des Deutschen Reiches endete glücklicher als der zweite zwanzig Jahre später: im Sommer 1918 wurde Käthe für drei Wochen nach Heidelberg zugelassen und bestand alle Doktorprüfungen „magna cum laude“, also mit der höchsten Auszeichnung.

Die erste Prüfung war bestanden, die moralische Prüfung von Gesinnung und Opferbereitschaft. Sie war durch die Ausweisung weder entmutigt noch abgeschreckt worden. Zur Zeit ihrer „Verbannung“ aus Deutschland war sie während des Jänner-Streiks 1918, der ersten großen Massenaktion der Wiener und Wiener-Neustädter Arbeiter gegen den Krieg, aktiv. In-

zwischen hatte sich ein anderes wichtiges Erlebnis in ihr Weltbild eingefügt: die russische Revolution von 1917, die für den geistigen Werdegang der damaligen Jugend von entscheidender Bedeutung war.

Wissenschaft und Politik wurden die beiden Pfeiler ihrer Tätigkeit in den nächsten Jahren. Sie setzte sich mit den Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus auseinander, Zweifel an der ökonomischen Theorie des Marxismus überwindend. Die Universalität, die sie als Persönlichkeit kennzeichnete, fand auch in ihrer wissenschaftlichen und politisch-wissenschaftlichen Arbeit ihren Ausdruck. Sie studierte auch andere als marxistische Theorien, den französischen Syndikalismus, den Anarchismus, die sozialistischen Utopien — für den Letzten der Utopisten, dem Wiener Joseph Popper-Lynkeus, empfand sie liebevolle Verehrung wie für einen Vater. Ebenso faszinierten sie die Untersuchungen über die geistigen und soziologischen Wurzeln des Rätesystems, des Hauptmerkmals der ersten Phase der russischen Revolution.

Zwischen Nationalökonomie im engeren Sinn, Sozialisierungs- und Gemeinwirtschaftspolitik und Sozialpolitik bewegte sich auch ihre praktische und Berufsarbeit. Nach 1918 arbeitete sie im Finanzministerium; der berühmte Nationalökonom und weniger berühmte erste österreichische Finanzminister Joseph Schumpeter berief sie als Mitarbeiterin. Gleichzeitig arbeitete sie im Büro der Sozialisierungskommission, die Otto Bauer leitete. Einige Monate lang, bis zum Ausscheiden Otto Bauers aus der Regierung, war sie seine Sekretärin.

Ihre politische Tätigkeit vor einem großen Forum begann mit einer richtigen Rebellen-Tat, deren nur eine Vierundzwanzigjährige mit großer politischer Leidenschaft fähig ist. Nach einem tragischen Zusammenstoß zwischen der einem sozialdemokratischen Minister unterstehenden Polizei und einer von Kommunisten geführten Masse am 15. Juni 1919, dem mehr als 15 Menschen zum Opfer fielen, trat der Wiener Kreisarbeiterrat, eine Einrichtung der damaligen revo-

NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ●

NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ●



KÄTHE LEICHTER — 70 JAHRE

Am 20. August 1965 würde unsere Genossin Käthe Leichter ihren 70. Geburtstag feiern. Aus diesem Anlaß legt der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus im Rahmen einer Feier, die gemeinsam mit dem Frauen-Zentralkomitee veranstaltet wird, einen Kranz nieder. Die

KRANZNIEDERLEGUNG

am Grabe von Käthe Leichter findet pünktlich um 15 Uhr statt. Die Genossinnen und Genossen, die an der Feier teilnehmen, treffen einander um 14.15 Uhr beim 4. Tor des Zentralfriedhofes.

● NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ●

lutionären Zeit, zusammen. Einem mehrstündigen ersten Referat Friedrich Adlers vor diesem im Augenblick wichtigsten Forum folgte die große politische Aussprache: Käthe Pick war die erste Rednerin, und sie kritisierte den Innenminister und die Polizei. Ein junges Mädchen, ohne politische Tradition, ohne Altersvorrechte, stand als Erste auf und kritisierte. Es war ein Ereignis, das eine Tradition brach.

Das war Käthes erstes Erscheinen auf politischem Boden — und ihre letzte öffentliche Äußerung vor dem Ende der Partei war ein tiefeschürfender kritischer Artikel in der wissenschaftlichen Monatsschrift der Partei, „Der Kampf“, als die Schatten des Austro-Faschismus und des totalen Sieges des Hitlerismus in Deutschland als schwarze Wolken am Horizont erschienen waren⁴. Es war eine scharfe Kritik am politischen Fatalismus und Pessimismus, an einer falschen Auslegung eines ökonomischen Determinismus, der schließlich zu Passivität führt:

„Der ökonomische Determinismus, der nur fragt, was diese Krise⁵ bedeutet, und nicht, wie man sie auswerten kann, findet hier seinen ideologischen Überbau in einem politischen Fatalismus, der fasziniert nur auf das Kommen wie auf das Verschwinden des Faschismus wartet, ohne die Frage so zu stellen: Was tut die Arbeiterklasse, um den Faschismus gar nicht erst groß werden zu lassen oder ihn, wenn er dennoch ausbrechen sollte, zu stürzen?“

Selbständiges Denken und Hingabe an das Ideal blieben für sie bei aller Liebe zur Partei eine Selbstverständlichkeit.

Sie bekleidete niemals eine öffentliche Funktion und war nicht einmal Kandidatin auf einer der „Listen“ für öffentliche Wahlen. Unermüdliche Arbeit in den Bildungs- und Erziehungsorganisationen — Vorträge vor allem in der Erziehungs- und Schulungsarbeit, politische Kleinarbeit in der Organisation in der Inneren Stadt, wo sie schließlich Geschäftsführender Bezirksobmann war, Mitgliedschaft im Frauen-Zentralkomitee und im Wiener Frauenkomitee — das war ihre Arbeit tagaus, tagein. Dazu kamen Bemühungen um den Aufbau einer aktiven gewerkschaftlichen Frauenbewegung und eine Fülle journalistischer Arbeit auf ihrem Fachgebiet.

Der Austro-Faschismus unterbrach all dies. Nach dem Februar 1934, als sie von der Polizei intensiv gesucht wurde, ging sie mit ihrer Familie für einige Monate nach Zürich, kehrte bereits Ende August 1934 nach Wien zurück, ließ sich, von der Polizei gesucht, zunächst allein und dann mit ihrer Familie in Mauer bei Wien nieder und begann sofort ihre Tätigkeit in der Untergrundarbeit. Sie wirkte zunächst am Aufbau der politischen Schulungsarbeit der Untergrundorganisation mit, arbeitete — der konspirativen Arbeit angepaßt — mündliche Leitsätze für Vorträge oder Diskussionen in kleinen Gruppen von vier oder fünf — mehr konnten nicht zusammenkommen — aus und versuchte damit, in einer Zeit der Diktatur, der geistigen Verarmung und der gedanklichen Verirrung entgegenzuwirken. 1936 übernahm sie die Leitung des politischen Nachrichtendienstes der Revolutionären Sozialisten und sammelte in einer Zeit des Schweigens und der Dunkelheit Nachrichten, die niemals die gleichgeschalteten Zeitungen und den Rundfunk Österreichs erreichen konnten. Sowohl die Sammlung als auch die schriftliche Verwertung von Nachrichten war eine außerordentlich gefährliche und verantwortungsvolle Arbeit. Sie verstand es, jeden „Unfall“ zu vermeiden und die Arbeit bis zum Zusammenbruch Österreichs weiterzuführen.

Als 1938 die Nazi in Österreich einmarschierten und die lokale SA von Mauer bei Wien, die am nächsten Morgen schon bereitstand und agierte, ihren Mann zu verhaften suchte, verlor sie nicht einen Augenblick den Mut. Er konnte nicht gefaßt werden und entkam ins Ausland. Sie wollte nicht mit ihm flüchten, da sie sich von den Kindern nicht trennen wollte. Zwei Monate lang versuchte sie, aus Österreich mit ihren Kindern

⁴ Käthe Leichter, „Die beste Abwehr“, Der Kampf, November 1933, p. 446.

⁵ Die große Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre.

„legal auszureisen“; es war eine tragische Illusion, daß sie glaubte, die Nazi würden sie loslassen. Am 31. Mai 1938, als sie schließlich über die Grenze zu gehen bereit war, rief sie noch bei ihrer Mutter an. Die Gestapo war bereits in der Wohnung der Mutter und drohte, sie als Geisel zu nehmen, wenn Käthe nicht sich selbst stellen würde. So ließ sie sich aus Verantwortungsgefühl für die Mutter verhaften und verbrachte die letzten vier Jahre ihres Lebens im Gestapogefängnis, im Wiener Landesgericht und schließlich vom Spätherbst 1939 bis zu ihrer Ermordung im Februar 1942 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Von ihren kaum mehr als 46 Lebensjahren vier abgeschnitten von der Freiheit, ihrer Familie entrissen und von der Welt durch elektrisch geladenen Stacheldraht getrennt...

Was sie in diesen Jahren litt und wie sehr ihre Gedanken immer von der Sorge um andere erfüllt waren, zeigt vielleicht am besten eine Äußerung, die sie zu Rosa Jochmann machte, als diese einige Monate nach ihr in Ravensbrück „eingeliefert“ wurde: „Hier muß man nicht nur lernen, Unrecht zu erleiden, sondern auch zu schweigen, wenn man sieht, wie anderen Unrecht zugefügt wird.“

Die neuen Renten:

Durch die Novellierung des KOVG ergeben sich zahlreiche Erhöhungsbeträge, die wir hier übersichtlich zusammenstellen.

Die Opferrente beträgt derzeit

bei MdE von 30 v. H.	66.—
bei MdE von 40 v. H.	90.—
bei MdE von 50 v. H.	216.—
bei MdE von 60 v. H.	288.—
bei MdE von 70 v. H.	402.—
bei MdE von 80 v. H.	480.—
bei MdE von 90 v. H. und mehr	1000.—

Diese Opferrente ist vom Ersten des Monats an, in dem männliche Bezieher das 60. Lebensjahr, weibliche das 55. Lebensjahr vollenden, um jeweils 42 S zu erhöhen.

Den verheirateten Beziehern einer Unterhaltsrente ist die Frauenzulage auf 84 S zu erhöhen.

Die Pflegezulagen werden erhöht:

Stufe I	800.—
Stufe II	1200.—
Stufe III	1600.—
Stufe IV	2150.—
Stufe V	2700.—

Die Hinterbliebenenrente wird auf 252 S erhöht.

Sehr wichtig!

Die Einstellung oder Herabsetzung einer Opferrente wegen Zunahme des Grades der Erwerbsfähigkeit ist nicht möglich, wenn diese Opferrente durch mindestens (seit) zehn Jahre(n) auf Grund eines rechtskräftigen Bescheides bezogen wurde.

Der Meßbetrag ab 1. Juni 1965 für Opfer beträgt 1450 S statt bisher 1208 S; daher von Amts wegen Erhöhung der Teilunterhaltsrenten, aber auch die Möglichkeit für neue Unterhaltsrentenanträge, wenn zum Beispiel das andere Einkommen geringer ist als dieser Meßbetrag oder die anrechenbaren 30 Prozent des Einkommens des Ehegatten oder Lebensgefährten geringer sind.

Allerdings sind auch die Voraussetzungen für die allenfalls gebührende Unterhaltsrente, Minderung der Erwerbsfähigkeit, Lebensalter oder allgemeine Minderung der Erwerbsfähigkeit von 75 Prozent zu beachten.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Karl Blei, Friedrich Flussmann, Albrecht K. Konecny, Otto Leichter, Rudolfine Muhr, Oskar Passauer, Helene Potetz, Rudolf Trimmel.

Paula Mraz-Mistingering zum Gedenken

Eine treue Gefährtin im illegalen Kampf gegen den Faschismus

Sie war ein echtes Meidlinger Kind. Ich kannte sie schon von der Jugendbewegung her, und später waren wir Kollegen in der Partearbeit. Aber richtig kennenlernen sollte ich sie erst nach dem Februar 1934.

Gleich als sich nach dem verhängnisvollen 12. Februar 1934 Genossen fanden, die sozialistische Parteitätigkeit illegal fortzusetzen, ging eines Tages auch an mich der Ruf mitzuarbeiten: Meine erste Partnerin war Paula. Sie war vom Zentralkomitee der RS beauftragt worden, die Verteilung der kleinen „Arbeiter-Zeitung“ (wir nannten sie in unserer Sprache „Adi“) so gut als möglich zu organisieren. Was ihr auch bald glänzend gelang. Ich war nun dazu ausersehen, ihr bei dieser Arbeit zu helfen. Gut war, daß die Polizei damals ebensowenig Erfahrung besaß wie wir selber, und so konnten wir viel organisieren. Unvergesslich bleiben mir unsere gemeinsamen Bahnhofserlebnisse. Die „Adi“, die erst nach der Brünner Konferenz im Ausland gedruckt wurde, ging nach dem Februar 1934 taschen- und kofferweise aus den illegalen Druckereien in die diversen Depots, die uns brave, treue Genossen entweder selbst zur Verfügung gestellt oder ausfindig gemacht hatten.

Für den Transport in die Bundesländer haben wir sehr lange und mit viel Erfolg die primitive Methode der Bahnhofgarderobe angewendet. Ein Genosse hinterlegte die Koffer mit der frischgedruckten „Adi“ in der Bahnhofgarderobe und überbrachte den Aufgabeschein Paula. Wir beide gingen dann, „Gnädige und Hausgehilfin“ spielend, vor Abgang eines Zuges in die Garderobe uns die Koffer holen, die dann wieder ein anderer Genosse am Zug übernahm. Manchmal fuhr auch eine von uns selber damit los. Das Übliche, das wir zu hören bekamen, war: „Jessas, Gnä Frau, wos habn S denn da drin in den Kupfer; den kennans ja net derzahn!“, worauf wir mit unserem besten Hochdeutsch antworteten, daß wir unsere Brautausstattung eingekauft hätten und nun nach Hause fuhren. Unsere ernste Verfassung reichte allerdings nur bis zur nächsten Ecke, dann setzten wir uns auf die Koffer und lachten aus vollem Halse, erstens weil wir „den“ wieder drangekriegt hatten, und zweitens, weil wir manchmal wirklich nicht wußten, wie wir die schweren Koffer weiterbringen sollten. Nun — wir habens „derzahn“, durch viele Wochen, und das war unser Stolz, auch dann noch, als manche unserer männlichen Hilfsgenossen den Weg der schwarzgrünen „Gerechtigkeit“ gehen mußten.

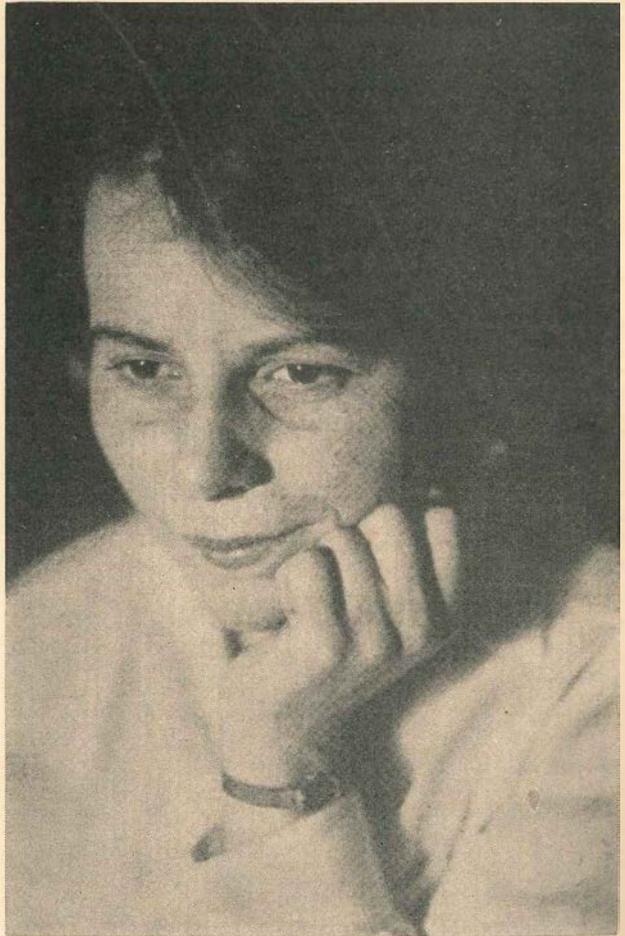
Und so kam die berühmte und auch berüchtigte Brünner Konferenz zu Silvester 1934/35. Berühmt deshalb, weil sie seit Februar 1934 die erste große Konferenz war, auf der zusammen mit dem ALÖS (Österreichisches Auslandsbüro) und dem Genossen Dr. Fritz Adler neue Richtlinien für die illegale Arbeit festgelegt wurden. Berüchtigt deshalb, weil es zum erstenmal in der Geschichte unserer jungen Bewegung vorkam, daß sich unter uns ein Genosse befand, der der österreichischen Staatspolizei die ganzen Konferenzteilnehmer namentlich verriet.

Nun — Paula und ich hatten die Ehre, bei dieser Konferenz anwesend zu sein. 14 Tage nachher ging das Gerücht, daß alles verraten sei, und Ende Jänner 1935 erfolgten die ersten Verhaftungen. Paula, Karl Holoubek, der Organisationsleiter, und ich gingen daraufhin nicht mehr nach Hause. Schließlich mußten wir aus Wien verschwinden, und wir gingen in die Berge, jeder in eine andere Richtung. Mitte Februar holte uns ein Kurier aus Brünn. Paula, die bereits einen falschen Paß hatte, fuhr als Schigirl über die Grenze nach Preßburg. Genosse Holoubek und ich wurden bei Hainburg über die Grenze geschleust. Durch ein Mißverständnis kamen wir um Stunden später als vorgesehen ebenfalls in Preßburg an, wo uns eine in Tränen aufgelöste Paula empfing: Sie glaubte, wir wären hoch-

gegangen. Mitten in der Nacht haben dann die in Preßburg anwesenden Wiener Emigranten eine Begrüßungsfeier für uns inszeniert.

Doch am nächsten Morgen ging es weiter nach Brünn, wo wir ebenfalls, allerdings unter den größten Vorsichtsmaßnahmen, herzlich begrüßt wurden, vor allem von unserem Genossen Otto Bauer. Und dann hieß es: „Ruht euch aus, laßt es euch gut gehen.“ Aber auch das Gute wird zuviel, und so sehnten wir uns nach Tätigkeit. Inzwischen erfuhren wir, daß wir die Ehre hatten, von der österreichischen Staatspolizei steckbrieflich verfolgt zu werden. Aus Sicherheitsgründen verschwand ich nach Prag, Genosse Holoubek fuhr zur Reorganisation der Arbeit nach Wien zurück. Nur Paula blieb in Brünn. Sie schrieb mir täglich. In begeisterten Worten schilderte sie mir, wie sie sich die Arbeit in Wien und Österreich für uns beide vorstellte.

Um den 10. Mai 1935 herum fuhr sie nach Wien — am 21. Mai war sie tot. Es ging sehr rasch. Viel zu rasch für menschliche Begriffe. Sie kam in eine Regen-



periode, war ständig naß, hatte kein richtiges Quartier und konnte sich daher nicht pflegen. Sie bekam eine eitrige Angina, die in Blutvergiftung überging. Und am 21. Mai 1935 starb sie unter falschem Namen in einer Wiener Klinik. Genosse Holoubek schrieb mir damals nach Prag:

„Nur sehr schwer gewöhne ich mich daran, zu denken, daß unsere Freundin tot ist. Was immer ich hier mache, alles erinnert mich an sie. Jede Ecke, jeder Mensch, der mit ihr zu tun hatte. Unsere Schicksalsgemeinschaft war inniger, als ich je dachte, und ich

glaube, daß es auch Dir so gehen wird. Es wird mir immer klarer, wenn ich mit Freunden rede, die sie am letzten Tag schon fiebernd getroffen haben, daß unsere Paula sich buchstäblich aufopferte für unsere Sache. Und — wenn ich jemals verzagt sein sollte ob der Arbeit, die es gibt, werde ich im Gedenken an ihre Opferfreudigkeit immer neue Kraft schöpfen.“

Ich habe mir damals bei der Nachricht von Paulas Tod geschworen, soweit es in meinen Kräften steht, für zwei zu arbeiten, und ich habe versucht, Wort zu halten. Wenn es in späteren Jahren manchmal schier ausweglose Situationen gegeben hat (wieder einmal war alles hochgegangen, Material und Menschen), dann habe ich mir gesagt: Was hätte Paula getan? Und es ging weiter ...

In Sachen „Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung“

Diese auch bei uns in Österreich immer wieder in den Zeitungsständen auftauchende Publikation hat in der Sitzung des Deutschen Bundestages in Bonn vom 10. März 1965 aus berufenem Munde eine richtige Charakterisierung erfahren. In einer großen Rede, die sich mit der Frage der Verjährungsfristen für Mord und Völkermord auseinandersetzte, sagte damals der SPD-Abgeordnete Dr. Arndt (Berlin) unter anderem:

„Ich muß etwas zur Sprache bringen, was mir peinlich ist, aber ich halte es für meine Pflicht. Wir können schon aus dem Grunde leider Gottes nicht sagen, das alles* wiederhole sich nicht, weil hier bei uns in Deutschland Zeitungsblättchen erscheinen, wie zum Beispiel die ‚National-Zeitung‘, bei der aus jeder Zeile der giftigste Antisemitismus schwitzt. Wenn dieses Blatt erscheint und die unverschämte freche Überschrift ‚Erpreßt in alle Ewigkeit‘ hat, womit also das Verhältnis von Israel zu uns gemeint ist, wenn es seinen Artikel über den ‚Juden Ludwig Rosenberg‘ — wie es schreibt — bringt, dann ist das genau die Sprache, die wir Älteren aus der Weimarer Zeit kennen. Damals hieß es: ‚Stecht ab den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau!‘ Nun, etwas vorsichtiger ist man. Aber was in der ‚National-Zeitung‘ steht, das ist die Sprache der potentiellen Mörder von morgen. Wenn es je etwas Ehrenloses gab, etwas bis in den letzten Winkel des Schmutzes der eigenen Seele Verlumptes, dann ist das diese ehrlose Haltung solcher Blätter. Das will ich einmal hier gesagt haben.“

Die Ausführungen des Genossen Arndt wurden am Schluß seiner Rede vom Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Gerstenmaier, besonders gewürdigt, indem er sagte: „Herr Kollege Arndt, ich möchte Ihnen den Dank des Hauses dafür aussprechen, daß Sie den Mut gehabt haben... etwas, was uns in diesem Abschnitt der deutschen Entwicklung zur Unehre gereicht, in diesem Haus so anzugreifen, wie sich das für einen freiheitsliebenden und rechtschaffenen Abgeordneten gehört. Das bezieht sich auf die Bemerkung des Herrn Abgeordneten Arndt über eine deutsche Zeitung, die hier mit Namen genannt worden ist.“

Diese Erklärung des Präsidenten wurde ebenso wie die gesamte Rede des Genossen Arndt mit lebhaftem Beifall nicht nur bei der SPD, sondern auch bei den Abgeordneten der Regierungsparteien quittiert.

Die „National-Zeitung“ hat bei uns in Österreich schon bei den verschiedensten Anlässen Empörung und Ärgernis ausgelöst. Es fragt sich, ob wir bei uns in Österreich tatsächlich einen Grund oder vielleicht nur nicht den Mut haben, die Dinge ebenso beim richtigen Namen zu nennen, wie es in dem Lande geschehen ist, in welchem solche Presse-Erzeugnisse auf die Öffentlichkeit losgelassen werden.

* Genosse Arndt hatte im Zusammenhang mit seiner Rede ein Zitat gemeint, das vorher gemacht worden war: „Das alles kehre doch nicht wieder.“ Er meinte, daß in der Geschichte niemand für irgendein Volk die Hand ins Feuer legen kann, Massaker könnten nicht wieder vorkommen. Denn die Weltgeschichte sei erfüllt von Gemetzeln schlimmster Art.

Wir fahren nach Lidice

Schon seit vielen Jahren bestand die Absicht, Lidice einen Besuch abzustatten; jener Ortschaft, die von der SS seinerzeit aus Rache für den Tod des SS-Heydrich dem Erdboden gleichgemacht wurde, nachdem man alle männlichen Bewohner ermordet und die Frauen und Kinder in die KZ verschleppt hatte.

Der Bundesvorstand hatte seinerzeit beschlossen, diese Pilgerfahrt zu Ostern 1965 durchzuführen, doch mußten alle Pläne fallengelassen werden, weil der Tod unseres Genossen Schärf ganz unerwartet die Wahl eines neuen Bundespräsidenten notwendig machte.

Diese Fahrt nach Lidice ist nun endgültig für die Zeit vom 30. Oktober bis 1. November 1965 in Aussicht genommen. Und wir werden am 1. November 1965 in der ČSSR eine würdige Feier für alle Opfer des Faschismus, alle unsere Verstorbenen und die Gefallenen aller Nationen veranstalten.

Auf dieser Reise wird sich auch die Möglichkeit ergeben, während der Fahrt über die verschiedensten Probleme zu diskutieren, da in jedem Autobus ein Mitglied unseres Bundesvorstandes anwesend sein wird.

Natürlich legen wir so wie bei unserer Fahrt in das Konzentrationslager Auschwitz großen Wert darauf, daß auch junge Menschen an dieser Reise teilnehmen. Erhoffen wir uns doch davon noch mehr Verständnis für die Probleme der Vergangenheit, die die Gegenwart erklären und vor allem die Zukunft weisen sollen, in die unsere Bewegung geht. Gerade die junge Generation soll sehen und erkennen, wohin es führt, wenn Freiheit und Demokratie verloren werden.

Der Anmeldeschluß für die Teilnahme an der Fahrt nach Lidice ist der 30. September 1965, ein Termin, der unbedingt eingehalten werden muß. Spätere Anmeldungen können unter keinen Umständen berücksichtigt werden. Die Teilnehmer haben einen Regiebeitrag von 300 S zu entrichten und sich mittels eines Anmeldeformulars rechtzeitig zu melden. Die Fahrt wird mit Autobussen durchgeführt. In dem Kostenbeitrag ist sowohl die Hin- und Rückfahrt enthalten, ferner zwei Nächtigungen in guten Hotels, zwei volle Verpflegstage sowie ein Mittagessen. Außerdem eine Rundfahrt durch Prag und die Kosten für das Visum.

Die Anmeldeformulare sind in den Bezirksgruppen zu erhalten, wo auch weitere Auskünfte gegeben werden.

Neue Euthanasie-Verfahren

Die Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft wird noch im Herbst dieses Jahres gegen ehemals „führende Köpfe“ des nationalsozialistischen Euthanasie-Programms Anklage erheben. Wie Staatsanwalt Warlo mitteilte, ist im Rahmen der Ermittlungen seiner Behörde der technische Kaufmann Adolf Kaufmann als früherer Leiter der Inspektionsabteilung der Tarnorganisation „T4“ in München verhaftet worden. Unter dem Decknamen „T4“ verbergte sich das sogenannte Gnadentod-Programm für Geistes Kranke.

Wegen der Beteiligung an Euthanasie-Morden soll im Herbst auch der ehemalige Referent in der „Kanzlei des Führers“, Reinhold Vorberg aus Bonn, angeklagt werden. Er war nach Mitteilung von Staatsanwalt Warlo Leiter der „Gemeinnützigen Krankentransport-Gesellschaft mbH“, mit der die Geisteskranken in die sechs Euthanasie-Anstalten (Brandenburg/Havel, Bernburg/Saale, Sonnenstein bei Pirna/Sachsen, Hartheim bei Linz/Österreich, Grafeneck/Württemberg und Hadamar bei Limburg) gebracht wurden.

Vorbergs Mitbeschuldigter in diesem Verfahren ist der Rechtsanwalt und Syndikus Dietrich Allers aus Hamburg, früherer Geschäftsführer der „Gemeinnützigen Stiftung für Anstaltspflege“, einer Tarnorganisation, die für den verwaltschaftsmäßigen Ablauf der Aktion „T4“ sorgte.

In einem besonderen Verfahren steht auch Anklageerhebung gegen den ehemaligen Assistenzarzt und stellvertretenden Direktor der Euthanasieanstalt Hartheim, Dr. Georg Renno aus Bockenheim/Weinstraße, bevor.

Verhandlungsreif ist das Verfahren gegen die ehemaligen Euthanasie-Ärzte Dr. Heinrich Bunke aus Celle, Dr. Aquilin Ullrich aus Stuttgart, Dr. Kurt Borm aus Uetersen/Schleswig-Holstein und Dr. Klaus Endrueit aus Bettrum bei Hildesheim. Gegen sie war bereits im Jänner 1965 Anklage wegen Mittäterschaft beim Mord erhoben worden. Alle vier Angeklagten sind nach den Ermittlungen Assistenzärzte in Euthanasie-Anstalten gewesen.

248 Überlebende haben im Auschwitz-Prozeß Zeugnis abgelegt

Am 6. Mai wurde die Beweisaufnahme in dem größten Prozeß der deutschen Justizgeschichte — im Frankfurter Auschwitz-Prozeß — abgeschlossen. Dieser Prozeß hat am 30. Dezember 1963 begonnen. 359 Zeugen wurden gehört, und die Aussagen von 50 weiteren verlesen. Unter diesen Zeugen befanden sich 211 ehemalige Häftlinge von Auschwitz, die den sehr schweren Weg nach Frankfurt auf sich nahmen, um dem Gericht bei der Wahrheitsfindung zu helfen. Protokolle von 37 weiteren Überlebenden mußten verlesen werden. Nicht wenige sind so krank, daß ihnen eine weite Reise nicht zugemutet werden kann, sieben sind gestorben, bevor sie einer Ladung nachkommen konnten, und leider war es 18 polnischen Zeugen unmöglich, die Fahrt nach Frankfurt anzutreten. Diese mußten darum in Polen kommissarisch vernommen werden. Die polnischen Justizbehörden gestatteten aber, daß deutsche Prozeßbeteiligte an diesen Vernehmungen vor einem polnischen Richter anwesend sein durften. Trotzdem wäre es wesentlich wirkungsvoller gewesen, hätten diese Zeugen die Möglichkeit gehabt, in Frankfurt selbst auszusagen. Unter den Zeugen, die verhindert waren, selbst nach Frankfurt zu kommen, waren Polen, die mit den ersten Transporten nach Auschwitz gebracht wurden, wie der erste Blockschreiber vom Bunker und der Rapportschreiber des Zigeunerlagers; also Leute, die gewichtige Aussagen zu machen hatten.

Die Vernehmung der letzten Zeugen — zweier Polen — zeigte drastisch, daß selbst eine so ausführliche Beweisaufnahme bei einem Verbrechenskomplex von derartigem Umfang unvollständig bleibt. Die beiden Zeugen waren von der Verteidigung genannt worden, um einen Angeklagten zu entlasten; sie entlasteten ihn nicht. Aber es stellte sich heraus, daß sie eine ganze Reihe von anderen Angeklagten sehr wohl aus Auschwitz kannten und ganz erheblich belasteten, und sie bezeugten auch Verbrechen, die bisher dem Gericht noch nicht bekannt waren. Zumindest bei einem dieser Zeugen, der jahrelang „Arbeitseinsatz“ in Birkenau war, wäre das vorauszusehen gewesen. Wieso dieser Zeuge nicht bereits am Anfang von der Staatsanwaltschaft geladen wurde oder wieso er nicht bereits im Lauf der Vorermittlungen verhört worden ist, blieb unklar.

Bevor die Beweisaufnahme abgeschlossen wurde, haben noch zwei Angeklagte die Bank wechseln müssen. Der SS-Lagerarzt Dr. Lucas und der Adjutant Höcker wurden verhaftet. Die Verhängung der Untersuchungshaft über Lucas hatte zwar das Gericht abgelehnt gehabt; aber der Vertreter der Nebenklage, Rechtsanwalt Raabe, berief gegen diese Entscheidung an das Oberlandesgericht, und dieses ordnete die Verhaftung an. Vielleicht unter diesem Eindruck gab das Gericht daraufhin einem Antrag der Staatsanwaltschaft statt, auch den Adjutanten Höcker zu verhaften.

Am 7. Mai begannen die Plädoyers der Staatsanwälte, die am 20. Mai beendet wurden. Ihnen schlossen sich die Vertreter der Nebenklage an, ab 31. Mai plädierten die Verteidiger. Die Staatsanwaltschaft hat für 16 der 20 Angeklagten die Höchststrafe — lebenslanges Zuchthaus und dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte — gefordert. Im Fall des Adjutanten Mulka hat Staatsanwalt Kügler überzeugend alle Argumente zusammengetragen und den Antrag juristisch eindeutig begründet. Bei vielen Angeklagten hat die Beweisaufnahme so eindeutig geklärt, daß es genügen konnte, diese Fakten aneinander-

zureihen. Meistens war das freilich bei niederen SS-Dienststrängen der Fall, die mit eigener Hand gemordet hatten. Ein Zwischenfall von vielen, der Beachtung verdient, sei hier genannt:

Unter anderem wurde die Höchstsstrafe auch gegen den SS-Zahnarzt Dr. Schatz beantragt. Gleichzeitig damit wurde von der Staatsanwaltschaft der Antrag gestellt, ihn in Haft zu nehmen, da ab jetzt Fluchtgefahr angenommen werden muß. Das Gericht lehnte nach langen Beratungen diesen Antrag mit der Begründung ab, daß es keinen dringenden Verdacht gegeben sehe, daß Schatz des Mordes oder der Mittäterschaft schuldig sei. So hat sich der in der Justizgeschichte wohl einzig darstehende Zustand ergeben, daß sich eine Person, gegen die wegen Mordes lebenslängliches Zuchthaus beantragt ist, frei und ungehindert bewegen kann.

Bei den Angeklagten Breitwieser und Schobert beantragten die Staatsanwälte Freispruch. Im Fall Breitwieser wird dieser Antrag damit begründet, daß Zeugen, die Breitwieser in der Voruntersuchung belastet hatten — er habe die erste Vergasung in Auschwitz durchgeführt —, in der Hauptverhandlung widerspruchsvoll aussagten, ihr Zeugnis daher für eine so schwerwiegende Verurteilung nicht ausreiche.

Bei Schobert wiederholten die wenigen Zeugen ihre Aussagen in der Hauptverhandlung. Man muß daher fragen, warum Schobert überhaupt angeklagt wurde, wenn sich jetzt seine Rolle in Auschwitz als so unbedeutend darstellt, daß eine Verurteilung nicht gerechtfertigt erscheint. Und noch dringender scheint die Frage, warum nicht an seiner Stelle andere, sicherlich kraft ihrer Funktion gefährlichere SS-Angehörige der Politischen Abteilung auf der Anklagebank sitzen. SS-Unterscharführer Karl Broch zum Beispiel brauchte in diesem Prozeß nur als Zeuge erscheinen. Seine Verbrechen waren der Staatsanwaltschaft aber bereits seit langen Jahren bekannt.

Sicherlich erfordert dieser Monsterprozeß von allen Beteiligten eine außerordentliche Anstrengung: Zu einer solchen ist aber jeder verpflichtet. Die Überlebenden von Auschwitz, die vor dem Gericht und im Angesicht ihrer Peiniger geholfen haben, die Wahrheit über Auschwitz zu rekonstruieren, haben wohl die schwerste Aufgabe auf sich genommen. Ihnen ist es zu danken, wenn der Prozeß die wichtigste Aufgabe erfüllt: Es gibt keine Ausrede mehr!

Denn bedeutender noch als das Urteil ist die Tatsache, daß Deutschland und die Welt erst durch diesen Prozeß erfahren haben, was vor zwei Jahrzehnten im Namen der Deutschen verbrochen worden ist.

Können wir vergessen?

20 Jahre danach wird vielen erst das ganze Ausmaß der Verbrechen klar, die von der braunen Gewaltherrschaft begangen worden sind. Diejenigen, die gegen die Volksverderber von Anfang an und schon vor ihrer „Machtergreifung“ im Kampf standen, wußten und wissen es besser. Deutsche waren die ersten Opfer. Schrecken und Gewalt trafen die deutsche Demokratie und knebelten das deutsche Volk.

Hitler wollte sich die Welt unterwerfen und hat rücksichtslos Millionen von Menschen vernichtet. Für das Fürchterliche, das geschehen ist, ist der Name des deutschen Volkes schändlich mißbraucht worden. Aber das deutsche Volk lebt im Strom der Geschichte, und die Geschichte der Völker kennt Höhen und Tiefen. Die Menschen haben Ströme von Blut vergossen, aber sie haben auch Kultur und Fortschritt geschaffen. Wir werden das eine ebensowenig vergessen wie das andere.

Das deutsche Volk hatte nach dem von Hitler entfesselten Weltkrieg Millionen Tote zu beweinen. Es stand in Hunger und Kälte vor Trümmern und hat mit bloßen Händen und mit Mut den Wiederaufbau begonnen. Nach aller Verwirrung und Verirrung war es dennoch fähig, eine neue Demokratie aufzubauen.

Vor allen Opfern der Schreckens- und Gewaltherrschaft verneigen wir uns in Ehrfurcht. Wir werden sie nie vergessen.

Für eine demokratische Erziehung! Gegen Naziumtriebe aller Art!

Von den zahllosen Resolutionen, die aus den Betrieben, von Partei- und Gewerkschaftsorganisationen und von Privatpersonen kamen, sei heute wieder eine weitere zitiert.

Der Betriebsrat der Hanf-, Jute- und Textilindustrie AG, Werk Pöchlarn:

Der Betriebsrat des Werkes Pöchlarn der HITIAG hat nachfolgende Resolution beschlossen, die dem Innenministerium und dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus übermittelt wurde.

„Auf Grund der beunruhigenden Ereignisse, die sich im Zusammenhang mit der skandalösen Lehrtätigkeit des Herrn Prof. Dr. Borodajkewycz ergaben und mit dem Tod des Pensionisten Kirchweyer ihren vorläufigen Abschluß fanden, protestiert im Namen aller Dienstnehmer unseres Betriebes der Betriebsrat in allerschärfster Form gegen die laue, übertrieben laxen Haltung der zuständigen Behörden und Ämter, die uns den Anstrich einer fast republikfeindlichen Einstellung vermuten lassen.

Wir verlangen, daß dieser antiösterreichische Lehrer un-
verzüglich von seiner Lehrtätigkeit entbunden wird und auch im ganzen Bundesgebiet nie mehr an einer öffentlichen Schule als Lehrer Verwendung findet.

Die Arbeiter und Angestellten des Betriebes HITIAG, Werk Pöchlarn, kennen die Schrecken einer Diktatur und einer antirepublikanischen Regierung zum größten Teil und lehnen sie selbst und im Interesse der weiteren Entwicklung unserer Jugend aus tiefster Überzeugung ab!

Wir fordern, daß eine Wiederholung derartiger Exzesse von staatlicher, politischer und gewerkschaftlicher Stelle un-
beding t zu verhindern ist.

Demokratie ist nicht mit der Willküraktion einiger junger, irgeleiteter Schüler gleichzustellen, sondern ist die Form des Gemeinschaftslebens, in der sich jeder in Freiheit und Gleichberechtigung der Gemeinschaft einfügen und anpassen hat. Oberstes Gebot aller muß aber die Wahrung und Sicherheit dieser Rechte bleiben, und dazu gehört das Verbot von allen Demonstrationen, die gegen die Demokratie und gegen die Republik gerichtet und nur nationalen Haßgefühlen unterworfen sind.

Außerdem fordern wir in diesem Zusammenhang für die künftige Sicherheit unserer Republik und seiner Staatsbürger ein Verbot von Soldatentreffen mit militärischem Charakter.“

Mörder lebte unter uns

Der ehemalige Gestapobeamte Kurt Wiese, der beschuldigt wird, 200 jüdische Kinder in Grodno und in Bialystok ermordet zu haben, und der im Sommer 1964 aus Deutschland nach Österreich geflüchtet war, ist vor einiger Zeit von den österreichischen Behörden nach Deutschland ausgeliefert worden. Seine Verhaftung erfolgte im Juli 1964 unter dramatischen Umständen. Er hatte sich auf dem Semmering versteckt gehalten und wollte mit der Bahn nach Belgrad gelangen, um dort ein Visum nach Kairo zu erhalten.

Wiese wurde aber auf dem Bahnhof erkannt. Und noch im letzten Augenblick — es waren nur mehr vier Minuten Zeit — wurde der ehemalige Gestapomann bei Mürrzuslag aus dem Zug geholt und verhaftet. Seither war er in Österreich in Haft. Da die Verbrechen, die ihm von seiten der österreichischen Behörden nachgewiesen werden konnten, vor 1943 begangen und nach der alten Gesetzgebung bereits verjährt waren, hat die Ratskammer am Wiener Landesgericht seine Auslieferung abgelehnt. Inzwischen kamen in Österreich die neuen Gesetze auch über die Verjährungsfrist, und der Oberste Gerichtshof, dem das Justizministerium den Akt überweisen hatte, verfügte vor kurzem die Auslieferung.

Der Generalstaatsanwalt in Minsk Schaplow hat die Akten, die Zeugenaussagen beinhalten, gesammelt und sich bereit erklärt, diese Akten den deutschen Behörden zur Verfügung zu stellen. Das Verfahren gegen Kurt Wiese läuft derzeit in Dortmund. Wiese war in Deutschland in Haft gewesen, wurde dann aber gegen eine Kaution von 4000 DM aus der Haft auf freien Fuß gesetzt. Er hatte dann einen Paß, der vom Magistrat Köln auf den Namen Hubert Zimmermann ausgestellt war, gefälscht, indem er das ursprüngliche Paßphoto entfernte und sein eigenes Photo hineinklebte. Mit diesem Paß kam er nach Österreich, wo er, wie am 29. März in einer Gerichtsverhandlung in Graz gegen seine Komplizen festgestellt wurde, mit drei österreichischen Nazis, Norbert Berghe-Trips, Ludwig Nebel und Karl Siegl, in Verbindung trat. Von ihnen erhielt er auch einen neuen Reisepaß.

Demokratie nur für Demokraten

Wir grüßen die sozialistischen Freiheitskämpfer Österreichs!

Die junge Generation unseres Landes hat in den letzten Tagen Anschauungsunterricht erhalten: Sie hat gelernt, was Faschismus ist. Was die besten Vorträge, Filme und Bücher nicht vermochten — die Prügeln des Neofaschismus haben es uns gelehrt.

Besser als je zuvor verstehen wir heute Euren Kampf gegen den Faschismus in allen seinen Formen. Wir neigen uns in Ehrfurcht vor den Opfern dieses Kampfes, wir grüßen freudig Euch, die Ihr den Kampf überlebt habt, und wir wenden uns in Dankbarkeit jenen zu, die der Faschismus aus der Heimat vertrieben hat und die heute noch in der Ferne leben.

Euch allen danken wir das Wiedererstehen unserer Republik. Euch danken wir, daß wir heute in einem freien, unabhängigen Staat leben können. Euer Kampf sicherte uns das Leben!

Aber wir wissen, daß Dank, wenn er nur in einigen festlichen Worten ausgedrückt ist, nicht dem entspricht, was Ihr von uns erwartet. Wir wissen, daß wir unseren Dank in der täglichen politischen Arbeit abzustatten haben. Und wir versprechen, daß wir uns immer gegen jene wenden werden, die den Kampf gegen den Faschismus verleumden; daß wir die Demokratie, die Freiheit, die Ihr uns erobert habt, hochhalten werden.

Vor allem aber versprechen wir Euch, daß wir Euren Kampf weiterführen werden. Es gibt noch zu viele Österreicher, die den Faschismus vergessen wollen und die seine Furchtbarkeit nicht erkennen. Wir aber haben es jetzt wieder erfahren, daß der Faschismus nicht der Vergangenheit angehört, der Faschismus ist Gegenwart, blutige mörderische Gegenwart. Wer da vergessen will, mordet die Demokratie, mordet die Freiheit, wie die Faschisten wieder beginnen, die Demokraten zu morden.

Wir dürfen und werden nicht vergessen. Wir werden kämpfen in Eurem Geist, wir werden aufrütteln. Wir werden nicht müde werden aufzuklären. Wir werden das kostbarste Geschenk, das man uns machen konnte — die Demokratie — bewahren!

Es lebe die Republik Österreich!

Es lebe die Freiheit und die Demokratie!

Die Sozialistische Jugend
Österreichs

Fraktion Sozialistischer
Jugendgewerkschafter

Die Junge Generation

Verband Sozialistischer
Mittelschüler Österreichs

Verband Sozialistischer Studenten Österreichs

BÜCHERSCHAU

Hermann Langbein

... WIR HABEN ES GETAN

Selbstporträts in Tagebüchern und Briefen 1939 bis 1945

136 Seiten, Paperback, Europa-Verlag, Wien. S 56.— (DM 8.80, sfr 9.20).

Hermann Langbein läßt seinem vielbeachteten Buch „Im Namen des deutschen Volkes“, in dem er eine Zwischenbilanz der Prozesse wegen nationalsozialistischer Verbrechen vor deutschen Gerichtshöfen zog, eine Publikation folgen, die wieder starkes Interesse herausfordern wird. Sein Buch „Wir haben es getan“ ist jenen Skeptikern gewidmet, die sich gerne einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den belastenden Elementen der Zeitgeschichte entziehen möchten. Es ist aber auch in nicht geringerem Maße allen jenen virtuosen Gesinnungsverkehrern und „Realpolitikern gewidmet, die eigene Erlebnisse und Erkenntnisse aus ihrem Bewußtsein verdrängt haben, um eher vor den Fragen der folgenden Generation bestehen zu können.

Der Verfasser beschränkt seinen eigenen Beitrag auf ein kurzes erläuterndes Vorwort und eine wenig umfangreiche Zusammenfassung. Er überläßt die Darstellung der vom nationalsozialistischen System inszenierten und durchgeführten Vernichtungen von Millionen Menschen dem Selbstbekenntnis einiger Täter, die mehr oder weniger zufällig ihren Richter gefunden haben. Von der Euthanasie, der Tötung Lebensunwerter, bis zum Völkermord in den besetzten Gebieten und Konzentrationslagern reicht diese Darstellung aus der Feder kleinster und höchstrangiger Mitschuldiger. Neben Goebbels, Himmler und Hans Frank kommen Subalterne wie der SS-Unteroffizier Landau, der Gendarmeriemeister Jacob, Ärzte wie Dr. Mennecke und Universitätsprofessoren wie Dr. Kremer zu Wort. Sie alle bezogen sich, als es schließlich doch darauf ankam, auf den „Befehl“ jenes Führers, der sich durch Selbstmord seiner Verantwortung entzogen hat.

Hermann Langbein wurde 1912 in Wien geboren. Er wandte sich dem Schauspielberuf zu und wurde 1933, unter dem Eindruck der Machtergreifung Hitlers in Deutschland und des Austrofaschismus in Österreich, Mitglied der KP. Von 1935 bis 1937 wurde er vom autoritären Schuschnigg-Regime mehrmals inhaftiert. Nach der Annexion Österreichs im März 1938 ging er nach Spanien und kämpfte im Bürgerkrieg auf Seiten der Republikaner. Nach dem Kriegsende wurde er in französischen Lagern interniert und nach Hitlers Sieg über Frankreich der Gestapo ausgeliefert.

Die folgenden Jahre ist Langbein Konzentrationslagerhäftling, unter anderem in Dachau, in Neuen-gamme und in Auschwitz, wo er der Leitung der internationalen Widerstandsorganisation angehört. Nach dem zweiten Weltkrieg ist er politisch und publizistisch tätig. Er wird Generalsekretär des Internationalen Auschwitz-Komitees, das er bis 1961 leitet. Langbein hat nach dem Aufstand in Ungarn mit der KPÖ gebrochen und ist jetzt als freier Schriftsteller tätig.

Josef Wenzl

ENGLISCH LEICHTER

300 Übungen für Haus und Schule

76 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und einem Kontrollheft, 16 Seiten, brosch., Österreichischer Bundesverlag, Wien und München 1964. S 49.— (DM 8.20).

Das Buch beginnt mit einer Anleitung für die täglichen Übungen. Bereits diese den Altersstufen angepaßten Ratschläge charakterisieren den Aufbau des Buches: volle Aufmerksamkeit wird gefordert, lautes Lesen, Beschränkung der Arbeit auf 20 Minuten und die unbedingte Fehlerverbesserung.

Besonders wertvoll sind die Hinweise, die Wenzl in seinem Vorwort zu dem Buch sowohl an die Lernenden als auch an die Eltern und die Lehrer gibt. Für

die Eltern, die ihrem Mädels oder ihrem Buben sehr wirksam bei der Lernarbeit helfen können, sind die Kontrollmöglichkeiten und auch die Art des Lernens in sechs Punkte gegliedert, für die Lehrer in der Schule sind zwei Grundsätze besonders betont. Im ganzen folgt schon aus diesem Vorwort, welche Methode der Autor für die praktische Kontrolle des Lernfortschritts empfiehlt. Es wäre wirklich schade, wenn der Autor mit seiner Bemerkung recht behielte, daß erfahrungsgemäß Ratschläge nicht nur selten gelesen, sondern noch seltener befolgt werden. Denn mit dieser Methode beim Englischlernen haben die jungen Leute einen Erfolg und die Älteren, die sie „kontrollieren“ sollen, ein wahrscheinlich sehr nutzbringendes Vergnügen.

In den einzelnen Abschnitten wird durch Abbildungen und Verwendung verschiedener Schriften eine sehr instruktive optische Hilfe geboten. Freie Zeilen sind für handschriftliche Eintragung der Übungen in den Band bestimmt, so daß mit der Zeit ein zum Teil selbst geschriebener „Arbeitsnachweis“ entsteht und sich der Schüler immer wieder von seinen Fortschritten überzeugen kann.

Der Autor nimmt bewußt Bezug auf die verschiedenen Englisch-Lehrbücher, so daß „Englisch leichter“ von jedem Englischschüler benützt werden kann. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß dieses Übungsbuch für jung und alt von großem Nutzen sein kann, und wenn auf dem Buchumschlag zu lesen steht, daß Üben ein Vergnügen wäre, dann ist das wirklich nicht zuviel versprochen.

Herbert Steiner

ZUM TODE VERURTEILT

Österreicher gegen Hitler — Eine Dokumentation

208 Seiten mit Wiedergabe vieler Originaldokumente, Europa-Verlag, Wien. Paperback. S 116.— (DM 17.80, sfr 18.80).

Herbert Steiner, ein politisch profilierter österreichischer Autor, der sich unter anderem um die Aufzeichnung der Geschichte der Arbeiterbewegung seiner Heimat erhebliche Verdienste erworben hat, schreibt im Vorwort zu seinem Buch, worum es ihm bei diesem Dokumentarwerk geht: Der Mensch bleibt bei der Betrachtung historischer und gesellschaftlicher Ereignisse in der Regel unbeachtet. Er tritt meist hinter das Geschehen zurück. Dort, wo man ihn in den Vordergrund stellt, dient das nicht selten dazu, die historischen Tatsachen zu verschleiern.

Die Dokumentation versucht, mit wenigen, willkürlich ausgewählten Beispielen den Menschen zu Wort kommen zu lassen und nicht das Aktenmaterial. Das historische Bild soll sich erst im Kopfe des Lesers formen. Das Miterleben der letzten schweren Stunden, die in Briefen und Selbstzeugnissen zum Ausdruck kommen, die sich in den Äußerungen der Angehörigen und in den amtlichen Feststellungen spiegeln, soll den Leser erschüttern und läutern.

Die Menschen, deren Vermächtnis man gegenübersteht, gehörten den verschiedensten sozialen Schichten an, kamen aus unterschiedlichen Berufen und Bildungsgängen, repräsentierten einander widersprechende Weltanschauungen und politische Bekenntnisse, denen aber eines gemeinsam war: die humane Gesinnung. Die Dokumentation enthält Gnadengesuche kinderreicher, mit dem Mutterkreuz ausgezeichnete Mütter, die ebenso vergeblich baten wie jene Schulkinder, deren Väter man tötete. Der Leser wird bekannte Namen vorfinden und Dutzendschicksale kennenlernen, militante Vertreter der Resistance und Menschen, denen ihre Lebensauffassung zum Verhängnis wurde oder die Denunziation irgendeines Zeitgenossen. Jedes Dokument ist ein Memento: Es steht ein Mensch dahinter, den wir verloren haben.

Steiners Buch will aber auch die Aufmerksamkeit auf jene Überlebende lenken, die als Staatsanwälte und Richter für diese menschlichen Tragödien verantwortlich sind, aber dessenungeachtet noch immer — oder schon wieder — amtieren.

Der Verfasser hat als junger Mensch die dunkle Zeit der Auslöschung Österreichs in unfreiwilliger

Emigration überlebt. Seine in der Heimat zurückgebliebenen Eltern haben dieses Glück nicht gehabt. Das Buch ist jedoch nicht mit Ressentiments gestaltet worden, deren sich Steiner nicht zu schämen brauchte. Er hat es der nüchternen Sprache der Dokumente überlassen, auf den Leser zu wirken. Diesen wesentlichen Beitrag zur neueren österreichischen Zeitgeschichte zeichnet unbestechliche Sachlichkeit aus.

Herbert Steiner wurde am 3. Februar 1923 in Wien geboren. Als Mitglied einer Widerstandsgruppe der Jugend wurde er 1938 aus der Mittelschule ausgeschlossen und flüchtete 1939 über Holland nach England. Seine Eltern wurden 1942 von den Nazis ermordet. 1941 bis 1945 war er Sekretär des „Jungen Österreich in Großbritannien“ und als Schriftsetzer und Korrektor in englischen Druckereien tätig. 1945 kehrte er nach Österreich zurück und wurde Sekretär der „Freien Österreichischen Jugend“. Er hatte hervorragenden Anteil am Aufbau des „Österreichischen Dokumentationsarchivs der Widerstandsbewegung“ und ist gegenwärtig dessen Sekretär. Er promovierte 1963 an der Karls-Universität (cand. sc. hist.).

Herbert Steiner veröffentlichte zahlreiche wissenschaftliche Beiträge in in- und ausländischen Zeitschriften. Seine Bücher: „Geschichte der arbeitenden Jugend Österreichs 1848 bis 1918“ (Arbeiterkammerpreis 1956), „Bibliographie zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung 1867 bis 1918“, Band 1; „Die österreichische Arbeiterbewegung 1867 bis 1889“ (Arbeiterkammerpreis 1961); Träger des Theodor-Körner-Preises 1958 und 1961.



Unsere Altpensionisten

Über die Frage der Altpensionisten- und Witwenpensionen haben wir in unserer Zeitung „Der Sozialistische Kämpfer“ mehrmals geschrieben. Nun können wir die erfreuliche Mitteilung machen, daß auf Grund der erkämpften 9. und 11. Novelle zum ASVG Nachzahlungen erfolgt sind.

Es bekamen 301 Personen ihre Pensionen nachbezahlt. Von diesen 301 Pensionsnachzahlungen erhielten 127 Nachzahlungen auch Zuschläge aus dem Unterstützungsfonds, so daß die meist sehr schmalen Stamm Pensionen ein wenig erhöht wurden. So mancher Pensionist und so manche Witwe werden gar nicht wissen, daß dieser Erfolg dem 18jährigen zähen Ringen unserer Genossen in der Gewerkschaft, vor allem unserem alten Mitkämpfer, dem Genossen Oskar Passauer, zu verdanken ist. So unliebsam die ganze Angelegenheit gewesen ist, so erfreulich ist jetzt der erfolgreiche Abschluß dieses Kampfes um ein wirkliches Recht.

Erleichterung der Frühpension

Ab 1. Juni 1965 sind die Bestimmungen über die Frühpension abgeändert. Auch Arbeiterinnen können in Zukunft diese in Anspruch nehmen, und zwar wird das durch eine verbesserte Anrechnung von Ersatzzeiten geschehen. Ferner werden auch Zeiten des Wochengeldbezuges als Ersatzzeiten angerechnet werden.

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.

Milderung der Ruhensbestimmungen

Ab 1. Juni 1965 sind die Ruhensbestimmungen des § 94 ASVG gemildert: Es wird dann kein Ruhen von Teilen der Pension eintreten, wenn das zusätzliche Arbeitseinkommen 1000 S (bisher 680 S) nicht erreicht beziehungsweise wenn Pension und zusätzliches Arbeitseinkommen zusammen nicht 2500 S (bisher 1800 S) betragen.

Befreiung von Radio- und Fernsehgebühren

Rentner und Pensionisten können bei Erfüllung gewisser Voraussetzungen von der Entrichtung der Rundfunk- und Fernsehgebühren befreit werden.

Anspruch auf unbefristete Befreiung von der Entrichtung der Rundfunkgebühren, ohne Rücksicht auf das Einkommen, haben Blinde, Blindenheime und Blindenvereine, sofern der Empfang Blinden zugute kommt; hilflose Personen (Bezieher eines Hilflosenzuschusses aus der Pensionsversicherung oder einer Pflegezulage aus der Kriegsofferversorgung oder Opferfürsorge). Auch hilflose Personen, die nicht blind sind, sind von der Entrichtung der Fernseh- und Rundfunkgebühr befreit.

Eine befristete Befreiung von der Entrichtung der Rundfunkgebühren und der Fernsehgebühren kann Personen auf Ansuchen gewährt werden, wenn ihr notdürftiger Lebensunterhalt durch die Zahlung der Gebühren gefährdet ist. Bei der Befreiung von der Fernsehgebühr wird naturgemäß ein strengerer Maßstab angelegt. Vor allem wird überprüft, ob der in der Nähe wohnende Schenkende selbst Inhaber einer Fernsehbewilligung ist. Dadurch soll vermieden werden, daß Verwandte oder Bekannte, die in guten Verhältnissen leben, ein Gerät nur deshalb herschenken, um beim Beschenken das Programm sehen zu können, ohne selbst die Fernsehgebühr zahlen zu müssen. Bei Ansuchen um Befreiung von der Entrichtung der Fernsehgebühr sind daher der Zeitpunkt und die Art des Erwerbes nachzuweisen sowie der Name und die Adresse jener Person anzugeben, von der das Empfangsgerät erworben wurde.

EFFEKTEN

DAUERBAUETRÄGE

WECHSEL

KREDITE

PRIVATKLEINKREDITE

VAULTEN

FN



Stets zu Ihren Diensten

BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT AG

Zentrale: Wien 1, Seltzergasse 2-4, Tel. 63 67 81 · Zweigstellen: Wien 1, Fleischmarkt 1, Tel. 63 91 07
I, Schottenring 13, Tel. 34 92 59 · IV, Rechte Wienzeile 37, Tel. 56 31 02 · Filialen: Graz, Annenstraße 24,
Tel. 7 15 05 · Klagenfurt, Bahnhofstraße 44, Tel. 48 22 · Innsbruck, Südtiroler Platz 14-16, Tel. 2 91 73
Salzburg, Auerspergstraße 13, Tel. 7 64 88 · Linz, Coulinstraße 22, Tel. 2 78 78 · Wiener Neustadt,
Wiener Straße 22, Tel. 37 46

Ansuchen um Befreiung von den Rundfunk- und Fernsehgebühren sind beim zuständigen Postamt einzubringen. Dem Befreiungsansuchen haben beizuschließen: a) Blinde oder ihnen gleichgestellte Personen eine Bestätigung eines Blindenvereines oder eine beglaubigte Abschrift eines ärztlichen Zeugnisses oder eines Bescheides über den Verlust oder die Minderung des Sehvermögens, b) hilflose Personen eine beglaubigte Abschrift des entsprechenden Bescheides über den Bezug des Hilflosenzuschusses oder der Pflegezulage oder eines ärztlichen Zeugnisses, c) Personen, die eine Gefährdung des notdürftigen Lebensunterhaltes geltend machen, ein amtliches Zeugnis (Armut-, Mittellosigkeits-, Hilfsbedürftigkeitszeugnis) über die Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse.

Eine Gefährdung des notdürftigen Unterhaltes wird angenommen, wenn das monatliche Einkommen aller im Haushalt des Befreiungsbewerbers lebenden Personen (Haushaltseinkommen) folgende Grenzen* nicht überschreitet:

ab 1. Juli 1965
Haushalte mit
Schilling

1 Person	915.—
2 Personen	1265.—
3 Personen	1365.—
4 Personen	1465.—
für jede weitere Person	100.—

Von diesem Betrag sind sodann der monatliche Mietzins des Befreiungsbewerbers sowie allenfalls bestimmte Beträge für Kinder-(Familien-)Beihilfe abzuziehen.

Unter Umständen kann auch bei Überschreitung der festgesetzten Einkommensgrenzen eine Befreiung gewährt werden, wenn der Befreiungsbewerber nachweist, daß ihm zwangsläufig außergewöhnliche Aufwendungen erwachsen und daher eine Nichtgewährung der Gebührenbefreiung zu unbilligen Härten führen würde. (Zum Beispiel bei Krankheit, Spitalsaufenthalt, Unfall, Todesfall, Pflege- und Hilfsbedürftigkeit infolge hohen Alters, Körperbehinderung, Alimentation und dergleichen.)

Es gibt hunderttausende Bezieher von Hilflosenzuschüssen und Ausgleichszulagen. Von der Entrichtung der Rundfunkgebühr ließen sich jedoch bisher nur rund 35.000, von der Zahlung der Fernsehgebühr lediglich etwa 4000 Personen befreien. Es wird daher allen Beziehern von Hilflosenzuschüssen und Ausgleichszulagen empfohlen, die Gebührenbefreiung in Anspruch zu nehmen.



Meine Pension wurde hinterlegt

Werte Genossen!

Kürzlich wurde meine Pension, weil ich nicht zu Hause war, als der Briefträger kam, beim Postamt hinterlegt. Ich mußte sie von dort abholen. Da ich aber keinen gültigen Ausweis mithatte, mußte ich mehrere Wege machen. Könnte man hinsichtlich des Ausweises nicht eine besondere Regelung schaffen?

Hubert W. (Graz)

Zum Beheben einer Rente oder Pension ist die Vorlage eines Ausweises gar nicht notwendig. Auf Grund der Vorschriften der Postordnung genügt die Vorlage des Renten- oder Pensionsbescheides.

* Dabei lehnt man sich an die Ausgleichszulagen-Richtsätze an.

Wenn der Bescheid also vorgewiesen wird, ist es jederzeit möglich, die Pension oder Rente während der Schalterstunden beim Postamt zu beheben.

*

Jugend, die mir einst versagt blieb

Ein Brief, nur einer von den vielen, die immer wieder an unseren Obmann gerichtet werden, zeigt mit wenigen Worten das Schicksal eines jungen Menschen auf, der in ganz jungen Jahren die Bekanntschaft mit dem braunen Schrecken gemacht hat. Er zeigt aber auch, daß trotz all des Leides und trotz der schrecklichen Erlebnisse das Gute im Menschen die Oberhand behalten hat. Nicht Haß und Rachsucht spricht aus diesen Zeilen, sondern lediglich der Wunsch, kommenden Generationen das gleiche Leid zu ersparen. Wir bringen einen Auszug aus dem Brief, der das Datum 5. Mai 1965 trägt:

Liebe Genossin Jochmann!

Habe Dein Schreiben dankend und mit viel Freude erhalten.

Der Leidensweg meines Vaters begann bei seiner Verhaftung am 10. 11. 1938, kurz nachdem er mich von der Schule abgeholt hatte. Er wurde von meinen Hugen verprügelt, wobei man ihm einige Zähne einschlug.

Liebe Genossin Jochmann!

Habe Dein Schreiben dankend und mit viel Freude erhalten.

Der Leidensweg meines Vaters begann bei seiner Verhaftung am 10. November 1938, kurz nachdem er mich von der Schule abgeholt hatte. Er wurde von meinen Augen verprügelt, wobei man ihm einige Zähne einschlug.

Nach einigen Zwischenstationen kam er nach Dachau, von wo er nach einem Jahr nach Buchenwald überstellt wurde. Im Jahre 1942 wurde er für medizinische Experimente mißbraucht. Außer diversen Züchtigungen wurden ihm der Kiefer und die restlichen Zähne eingeschlagen. Dies alles ist amtlich bescheinigt und von der UNO bestätigt. Auf Grund seiner Kameradschaft wurde ihm viel von den arischen, politischen Häftlingen geholfen, was nicht wenig dazu beitrug, daß er als Jude diese Zeit überleben durfte. Seine KZ-Nr. war 7260.

Nun möchte ich noch einiges aus dieser Zeit ohne Gnade berichten. Im März 1938 wurde ich als Halbjüdin (Geltungsjüdin) von der Schule ausgewiesen, wozu ich den Zusatznamen Sarah annehmen mußte. Ich besuchte noch einige Monate eine Schule für nicht-arisches Kinder, bis diese aufgelassen wurde. Für die Gaskammer zu lernen, lohnte es sich nicht. Ab September 1941 mußte ich den Judenstern tragen, ab 1943 war ich U-Boot.

Aus diesen Tagen der Angst blieben mir Schädigungen am Körper und am Nervensystem zurück...

Meine Hauptsorge besteht darin, unserem Kind eine Jugend bieten zu können, die mir einst versagt blieb.

Wir betrauern Karl Fürstenhofer

Am Samstag, dem 3. Juli 1965, verschied in Wien unser Genosse Karl Fürstenhofer. Damit hat die Sozialistische Bewegung Österreichs wieder einen verdienten Funktionär verloren, der sich schon seit seiner frühesten Jugend ganz in den Dienst der Idee des Sozialismus gestellt hatte. Vor allem nach 1945, sofort nach der Befreiung, wurde er in Favoriten in den Wiener Gemeinderat gewählt, dem er bis zum Jahre 1964 angehörte. Seit 1950 hat Genosse Fürstenhofer als Präsident des Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter und als Obmann oder Funktionär mehrerer Wohnbaugenossenschaften in nimmermüder Arbeit gewirkt.

Genosse Fürstenhofer wurde am 25. Dezember 1899 in Neudörfel an der Leitha geboren, und er verlebte dort die freudlose Jugend eines Ziehkinds. Nachdem er eine deutsch-ungarische Schule absolviert hatte, trat er mit 14 Jahren bei den damaligen Daimler-Werken in Wiener Neustadt als Lehrling ein. Nach dem Weltkrieg

war Genosse Fürstenhofer zunächst beim Bundesheer, später trat er in die Wiener Gemeindegewache ein. Schon im März 1936 war Genosse Fürstenhofer einer der Angeklagten im großen Sozialistenprozeß des März 1936: Er hat sich mutig zum Sozialismus bekannt und gab bei der Verhandlung offen und unumwunden zu, daß er versucht habe, im Burgenland den Stand der sozialdemokratischen Bewegung festzustellen. „Im Jahre 1934“, sagte er unter anderem, „bestand die Gefahr eines ungarischen Einfalles ins Burgenland. Ich habe im Jahre 1920 selbst in den Arbeiterbataillonen bei den Abwehrkämpfen im Burgenland mitgekämpft. Damals haben wir Arbeiter die freie Republik verteidigt. Ich wußte daher, wie notwendig es ist, mit den früheren Sozialdemokraten Verbindung zu suchen, um für den Ernstfall gerüstet zu sein.“ Nach einer Untersuchung, die länger als ein Jahr dauerte, wurde Fürstenhofer schließlich bei der Verhandlung freigesprochen. Er war so wie viele andere sozialdemokratische Funktionäre im Februar 1934 ebenfalls verhaftet worden.



Nach 1945 begann für Genossen Fürstenhofer erst recht die Zeit unermüdlicher Arbeit. Neben seinem Beruf — er trat wieder in die Dienste der Stadt Wien — arbeitete er in vielen gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaften an führender Stelle mit. Und wir alle wissen, wie sehr der Verstorbene aus seiner eigenen Lebenserfahrung und seiner Tätigkeit als Gemeindefunktionär die Sorgen und Nöte weitester Kreise des Volkes kannte. Wir wissen auch, mit welcher Aufgeschlossenheit er unermüdlich tätig war, um diese Nöte soweit als möglich zu lindern.

Als sich am Donnerstag, dem 8. Juli 1965, seine Freunde und eine große Trauergemeinde in der Feuerhalle der Stadt Wien versammelten, um von ihrem teuren Toten für immer Abschied zu nehmen, da wurde manchem erst so richtig bewußt, welchen Verlust das Hinscheiden dieses so verdienstvollen Genossen für unsere Sache bedeutet.

Niemals vergessen!

Aus Anlaß der zwanzigsten Wiederkehr der Errichtung der Zweiten Republik, die unter großen Opfern aus Trümmern und Not von den arbeitenden Menschen aufgebaut wurde, haben die Salzburger Eisenbahner am Wohnhaus des langjährigen Hauptvertrauensmannes der Werkstätte Genossen Engelbert Weiss in der Eisenbahner-Wohnanlage am Engelbert-Weiss-Weg eine Gedenktafel anbringen lassen. Genosse Weiss, der besonders während der Zeit der Illegalität sehr aktiv war, wurde am 7. April 1944 hingerichtet. Die feierliche Enthüllung nahm Landeshauptmannstellvertreter Genosse Franz Peyerl am Samstag, dem 8. Mai 1965, um 10 Uhr vor.



Arbeiter! Angestellte!
Entlehnt Bücher der Betriebsbüdereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbüderei!

Die Betriebsbüdereien
werden betreut durch die

**Reise- u. Versandbuchhandlung
des
Österreichischen
Gewerkschaftsbundes**

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

Aus dem Wiener Landesverband Alexander Eifler zum Gedenken

Am Samstag, dem 29. Mai 1965, veranstalteten unsere Genossen, die der Eifler-Runde angehören, eine Gedenkveranstaltung für den Genossen Alexander Eifler, der vor 1934 Stabschef des Republikanischen Schutzbundes war. Diese Feier fand im Gemeindebau Wien 17, Hernalser Hauptstraße 221, statt, der den Namen Alexander-Eifler-Hof trägt.

Genosse Karl Blei, der Vorsitzende der Eifler-Runde, begrüßte alle zu dieser Feier erschienenen Genossinnen und Genossen, besonders die Genossin Rosa Jochmann, die Vorsitzende unseres Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer, und den Genossen Bruno Marek recht herzlich. Genosse Blei sagte: „Wir sind heute hier zusammengekommen, um eines Genossen zu gedenken, der uns allen lieb und wert gewesen ist, des Genossen Alexander Eifler. Am 30. Mai 1965 hätte er seinen 75. Geburtstag gefeiert. Aber er starb im Jahre 1944 im Konzentrationslager Dachau an einer Blutvergiftung. Auch er ist ein Opfer des braunen Faschismus geworden und mußte, so wie viele andere mit ihm, großes Leid ertragen.“

Genosse Blei schilderte dann in einigen Sätzen die Episode, wie er den Genossen Eifler kennenlernte. Es war in den zwanziger Jahren; man hatte eine Schutzbundversammlung in das Floridsdorfer Arbeiterheim einberufen, bei der ein prominenter militärischer Fachmann über technische Angelegenheiten zu uns sprechen sollte.

Bis auf wenige Eingeweihte kannte niemand den Namen des Referenten. Er wurde am Eingang des Saales vom Vorsitzenden der Versammlung, Genossen Alois Stockhammer, empfangen, und bevor er den Saal betrat, fragte ihn ein dort stehender Ordner um seinen Namen: „Londgin Leopold“, lautete die Antwort. „Ich stand neben ihm“, sagte Genosse Blei, „und hörte ebenfalls diesen Namen.“ Unter diesem Namen wurde Genosse Eifler auch dann vom Vorsitzenden vorgestellt.

Da Genosse Eifler pensionierter Offizier des Bundesheeres war, konnte er nicht unter seinem wirklichen Namen in der Öffentlichkeit auftreten. Erst später wurde sein wahrer Name bekannt; er wurde ein Begriff für die Schutzbündler.

Die Gedenkrede hielt Genosse Bruno Marek, der ein persönlicher Freund Eiflers war. Genosse Marek brachte nun ein Lebensbild des Genossen Eifler und schilderte, wie dieser zu den Sozialdemokraten kam und später Stabschef des Republikanischen Schutzbundes wurde. Im großen Sozialistenprozeß des Jahres 1936 war auch Genosse Eifler ein Angeklagter, doch wurde sein Fall dann ausgeschieden. Unter dem Naziregime wurde Eifler eingezogen und kam mit einem Transport nach Dachau, wo er so wie viele andere zugrunde ging. Genosse Eifler war ein aufrechter Charakter und ein treuer Verfechter der Demokratie.

Dann legten die Genossen der Eifler-Runde einen Kranz bei der Gedenktafel nieder. Die Versammelten verweilten nun eine Minute in stillem Gedenken an Genossen Eifler.

Als Abschluß wurde das „Lied der Arbeit“ gesungen.

Die Bezirke berichten:

Floridsdorf

JOHANN MACNER †. Am Mittwoch, dem 14. April 1965, starb nach langem schwerem Leiden Genosse Johann Macner im 68. Lebensjahr. Die Bezirksgruppe Floridsdorf verliert mit ihm einen treuen und verlässlichen Genossen und die Parteiorganisation einen unermüdeten Vertrauensmann.

Die Einäscherung fand am Dienstag, dem 20. April 1965, um 11.30 Uhr im Krematorium statt. Die Urnenbeisetzung erfolgte am 23. April 1965 um 11.30 Uhr auf dem Stammersdorfer Friedhof. Zahlreiche Freunde und eine Delegation der Freiheitskämpfer, die mit ihrer Fahne erschienen waren, gaben ihm das letzte Geleit. Obmann Genosse Karl Blei hielt im Namen der Freiheitskämpfer einen tiefempfundenen Nachruf und schloß mit den Worten: „Ruhe aus, du Sozialist, der ein Freiheitskämpfer gewesen ist.“ Wir werden ihn nicht vergessen!

*

Ferdinand Kaufmann †. Am Donnerstag, dem 15. Juli 1965, verstarb unser Genosse Ferdinand Kaufmann im 66. Lebensjahr. Die Bezirksgruppe Floridsdorf des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer verliert mit ihm einen treuen und verlässlichen Kämpfer für die gerechte Sache der arbeitenden Menschen.

Genosse Ferdinand Kaufmann war ein langjähriger Mitarbeiter der sozialistischen Parteiorganisation Floridsdorf und wurde von der Partei für seine Verdienste mit der Victor-Adler-Plakette bedacht. Am Montag, dem 19. Juli 1965, wurde er um 16.15 Uhr unter zahlreicher Beteiligung seiner Angehörigen und Freunde zu Grabe getragen. Eine Abordnung der Freiheitskämpfer der Bezirksgruppe Floridsdorf gab ihm mit ihrer Fahne das letzte Geleit und legte am Grabe als Symbol des Gedenkens ein Blumenbukett nieder.

Genosse Josef Kohl hielt dem Verstorbenen im Namen der Bezirksorganisation der Sozialistischen Partei sowie der Sozialistischen Freiheitskämpfer und der Angestellten, Arbeiter und Pensionisten der Fiatwerke in Floridsdorf einen tiefempfundenen Nachruf.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Landesvorstandssitzung. Am 3. Juli 1965 fand eine Landesvorstandssitzung statt, welche sich mit wichtigen Fragen beschäftigte. Genosse Appel brachte einen Bericht über die durchgeführten Veranstaltungen anlässlich der 20-Jahr-Feier für die Zweite Republik und dankte allen Bezirksgruppen für die rege Beteiligung bei den Veranstaltungen vor dem Mahnmal und im Theater an der Wien. Weiters wurde über die 17. Novelle zum OFG berichtet und mitgeteilt, daß über Initiative unseres Bundes eine Vorsprache bei Sozialminister Genossen Proksch erfolgte, wobei die Wünsche und Forderungen, die in einer 18. Novelle zum OFG zusammengefaßt werden sollen, vorgetragen wurden. An der Debatte haben sich viele Genossen beteiligt. Es wurde der Antrag gestellt und beschlossen, zu einer der nächsten Landesvorstandssitzungen Genossen Bernstein einzuladen, damit er einen umfangreichen Bericht über den Stand und die Möglichkeiten der Opferfürsorgegesetzgebung gibt.

*

Landeskommission. In der Landesvorstandssitzung wurden in die Landeskommission, welcher die Prüfung von Anträgen um Unterstützungen aus dem Teil III der Sammelstelle B obliegt, die Genossen Kogelbauer (Mödling), Seiti (Schwechat), Gsching (Gänserndorf) und Appel (Landesverband) gewählt.

Diese Kommission wird noch im Monat Juli zusammen-treten und die bisher eingelangten Anträge nach den in der Landesvorstandssitzung beschlossenen Richtlinien prüfen und an den Bundesverband weiterleiten.

Über Ansuchen, die positiv erledigt wurden, erhalten die Antragsteller vom Bundesverband eine diesbezügliche Mitteilung.

*

Hilfe für hochwassergeschädigte Opfer. Wir teilen den Bezirksgruppen mit, daß Opfer der politischen Verfolgung, soweit sie Inhaber der Amtsbescheinigung oder des Opferausweises sind und durch die Hochwasserkatastrophe einen Schaden erlitten haben, sich sofort mit einem Ansuchen um Gewährung einer Beihilfe an den Ausgleichstaxfonds im Bundesministerium für soziale Verwaltung wenden können. Um eine raschere Erledigung solcher Ansuchen zu ermöglichen, empfehlen wir, daß sich Antragsteller von der Gemeinde bestätigen lassen, daß sie durch das Hochwasser geschädigt wurden. Diese Bestätigung ist dem Ansuchen beizuschließen. Das Ansuchen selbst ist kurz damit zu begründen, daß durch den Hochwasserschaden ein wirtschaftlicher Notstand eingetreten ist.

*

Ausbildungsbeihilfe. Im September dieses Jahres gelangt wieder die Ausbildungsbeihilfe in der Höhe von 500 Schilling für Kinder zur Auszahlung, die das 14. Lebensjahr erreicht

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.

und das 24. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Anspruchsberechtigt sind Eltern, welche eine Amtsbescheinigung oder den Opferausweis besitzen und deren Kinder über die Pflichtschule hinaus die Oberstufe einer Mittelschule besuchen oder in einem Lehrverhältnis stehen. Ausgenommen sind Kinder, die eine Hochschule besuchen, da solche Kinder den gesetzlichen Anspruch auf die Studienbeihilfe haben.

Ab 1966 gelangt die Ausbildungsbeihilfe so wie früher wieder zweimal, und zwar im April und September, zur Auszahlung. Falls nicht von Amts wegen (BH) die Verständigung an die Eltern erfolgt, können die Eltern die Ausbildungsbeihilfe bei der BH anfordern.

*

Erholungsaktion für Kinder. Wir machen darauf aufmerksam, daß auch heuer wieder die Kindererholungsaktion für Kinder bis zum 14. Lebensjahr durchgeführt wird, wenn ein Elternteil im Besitze der Amtsbescheinigung oder des Opferausweises ist. Die Anmeldung solcher Kinder für die Erholungsaktion hat unter Vorweis der Amtsbescheinigung oder des Opferausweises beim Bezirksjugendamt zu erfolgen. Selbstverständlich ist die Kindererholungsaktion kostenlos und daher mit keinen Belastungen für die Eltern verbunden.

*

Lidice. Unsere Reise nach Lidice soll nun endgültig am 30. Oktober 1965 durchgeführt werden. Die Reise erstreckt sich auf drei Tage, Abfahrt: 30. Oktober, früh, ab Löwelstraße. Rückkunft: 1. November, abends, Wien 1, Löwelstraße. Dieser Termin wurde deshalb gewählt, weil der 1. November 1965 auf einen Montag fällt. Demnach stehen für die Reise Samstag, Sonntag und Montag zur Verfügung.

An den Besuch in Lidice schließt sich eine Fahrt nach Prag an (Stadtrundfahrt). Pro Teilnehmer sind 300 S im voraus zu leisten. In diesem Betrag ist inbegriffen: die Hin- und Rückfahrt, zwei Nächtlungen, die Verpflegung für zwei Tage sowie das Mittagessen am 1. November einschließlich der Trinkgelder.

Da eine solche Reise vor allem den jungen Menschen die Zeit ohne Gnade vor Augen führen soll, wird der Landesverband Niederösterreich, so wie bei unserer Reise nach Auschwitz, der „jungen generation“ Niederösterreichs die Möglichkeit einräumen, aus jedem Bezirk eine Genossin oder einen Genossen namhaft zu machen, die wir auf diese Reise mitnehmen. Wir wollen so wie im Falle Auschwitz versuchen, für die Teilnehmer der „jungen generation“ den Teilnehmerpreis weiter zu ermäßigen.

Da mit den Vorbereitungsarbeiten unmittelbar begonnen werden muß und wir auch einen Überblick haben wollen, wie viele Teilnehmer beziehungsweise Funktionäre der einzelnen Bezirksgruppen an der Reise teilnehmen, bitten wir die Bezirksgruppen, uns die Teilnehmerliste mit den genauen Vor- und Zunamen, Geburtsdaten, genauer Wohnungsanschrift bekanntzugeben. Da die Teilnehmer Visa benötigen, bitten wir, uns mit der Teilnehmerliste auch die Paßnummer und den Ausstellungsort des Passes jedes Teilnehmers bekanntzugeben. Wer keinen Paß besitzt, möge die Nummer des Personalausweises und wo er ausgestellt wurde mitteilen.

Wir bitten die Bezirksgruppen, vor allem die Funktionäre einzuladen, sich an der Reise zu beteiligen. Als Anmelde-schluß gilt für uns unwiderruflich der 15. September 1965. Spätere Anmeldungen können keinesfalls mehr berücksichtigt werden. Die Teilnehmer der „jungen generation“ werden im Einvernehmen mit den Bezirksorganisationen der Partei von der Landesleitung Niederösterreich der „jungen generation“ namhaft gemacht.

*

Schweigemarsch. Da sich die Reise nach Lidice auch auf den 1. November erstreckt, beschloß der Bundesverband, den traditionellen Schweigemarsch zum Mahnmal heuer ausnahmsweise schon am 29. Oktober durchzuführen. Wir bitten vor allem die Bezirksgruppen um Wien, sich an diesem Schweigemarsch recht zahlreich zu beteiligen. Die weiter entfernt liegenden Bezirksgruppen laden wir ein, Delegationen zu entsenden.

Der Schweigemarsch wird am 29. Oktober um 16 Uhr vom 2. Tor des Zentralfriedhofes seinen Ausgang nehmen. Die Bezirksgruppen des Landesverbandes Niederösterreich treffen sich bereits um 15.30 Uhr vor dem 2. Tor. Wir bitten die Bezirksgruppen, den Termin vorzumerken und dafür zu sorgen, daß eine rege Beteiligung aus Niederösterreich erfolgt.

Oberösterreich

Steyr. Wir bitten, die neuen Sprechstunden genau einzuhalten. In besonders dringenden Fällen kann Genosse Manzenreiter auch in seiner Wohnung, Ufergasse 2, aufgesucht werden.

Steiermark

Kapfenberg. Jahresversammlung. Die Jahresversammlung der Bezirksgruppe Kapfenberg des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer fand am 5. April 1965 im Volkshaus Kapfenberg, 12.-Februar-Straße, 1. Stock, statt.

Obmann Genosse Eichelberger begrüßte die anwesenden Mitglieder, insbesondere aber den Referenten Genossen Paul Bernstein aus Wien, und brachte folgende Tagesordnung zur Genehmigung:

1. Begrüßung.
2. Wahl der Wahlvorschlagskommission.
3. Wahl einer Kassenkontrolle.
4. Berichte:
 - a) Bericht des Obmannes;
 - b) Bericht über den Sozialausschuß;
 - c) Bericht der Kontrolle.
5. Referat des Genossen Paul Bernstein aus Wien.
6. Wahl der Bezirksgruppenleitung.
7. Allfälliges.

Landesrat Genosse Sepp Gruber hatte sich schriftlich entschuldigt, da er wegen einer Landesregierungssitzung an der

Versammlung nicht teilnehmen konnte. Die Genossen Scheibengraf, Sepp Egger (Böhler) und Betriebsratsobmann Alois Seklicz (Felten-Diendlach) nahmen an der Versammlung nicht teil. Bürgermeister Genosse Fekete hatte sein späteres Erscheinen schon telefonisch angekündigt.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachten die Anwesenden des verstorbenen Herrn Bundespräsidenten Genossen Adolf Schärtl und der verstorbenen Mitglieder des vergangenen Jahre sowie des ersten politischen Opfers der letzten Zeit in Wien, Genossen Kirchwegner.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung ersuchte der Obmann um Vorschläge für das Wahlkomitee. Nachstehende Genossen wurden namhaft gemacht: Genosse Leo Gaisrucker, Genosse Johann Schnabel und Genossin Fanny Sulzbacher.

Der dritte Tagesordnungspunkt war der Wahl einer Kassenkontrolle vorbehalten. Da bei der Gründungsversammlung am 28. Jänner 1964 keine Gelder vorhanden waren, wurde auch keine Kontrolle gewählt. In der Tätigkeitsperiode war es dem Ausschuß möglich, Subventionen zu erhalten. Aus diesem

Anmeldeschluß für **LIDICE** 30. September 1965

Grund wurde es notwendig, für die heute stattfindende Jahresversammlung eine Kontrolle zu nominieren. Die Genossin Margarethe Fuchs und Genosse Ignaz Pierrer wurden mit der Überprüfung der Kassengebarung betraut.

Obmann Eichelberger erläuterte eingangs die Gründung der Bezirksgruppe Kapfenberg. Die Lokalorganisation der SPO in Kapfenberg hat die Genossen des Ausschusses der Sozialistischen Freiheitskämpfer endlich anerkannt und die gewählten Funktionäre in den Lokalausschuß und die Unterorganisationen kooptiert.

Im abgelaufenen Berichtsjahr wurden sechs Ausschusssitzungen durchgeführt. Der Mitgliederstand konnte durch Werbung erhöht werden. Besonderer Dank dafür galt der Genossin Fellinger, die infolge Krankheit an der Versammlung leider nicht teilnehmen konnte. Seitens der Jahresversammlung wurden ihr die besten Grüße und Genesungswünsche übermittelt.

Die Ausstellung KZ Ravensbrück „Den Toten zum Gedenken — den Lebenden zur Mahnung“ wird in Leoben, Knittelfeld und in Kapfenberg gezeigt. Den Bürgermeistern der drei genannten Städte wurde für ihr Verständnis herzlichst gedankt.

Die Arbeitstagung des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer Österreichs am 5. Dezember 1964 in Wien, an welcher Genosse Zechner von der Landesleitung Obersteiermark und Genosse Eichelberger teilnahmen, befaßte sich mit der Verjährung der NS-Verbrechen. 20 Genossen beteiligten sich an der Debatte. Es wurde eine Resolution an den Parteivorstand beschlossen.

Zum Bericht Sozialausschuß konnte Genosse Eichelberger mitteilen, daß es der Landesleitung Obersteier am 22. Oktober 1964 gelungen war, mit der Landesleitung Graz des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer eine Vereinbarung zu treffen.

Die Kontrolle hatte in der Zwischenzeit die Korrektheit der Kassengebarung festgestellt und die Versammlung ersucht, dem Ausschuß die Entlastung zu erteilen. Diese wurde einstimmig erteilt. Während der weiteren Ausführungen des Obmannes waren auch die Genossen Franz Fekete und Franz Zechner erschienen. Die beiden Genossen wurden vom Obmann und den Mitgliedern herzlichst begrüßt.

Am Ende seines Berichtes dankte der Obmann dem Bürgermeister für sein Verständnis und die Hilfsbereitschaft für die Mitglieder.

Dann ergriff Genosse Bernstein aus Wien das Wort zu seinem Referat. Er kam unter anderem auf die letzten Vorkommnisse in Wien zu sprechen und zeigte auf, daß der Ungeist des „1000jährigen Reiches“ noch immer herumspucke. Er berichtete dann eingehend über die 17. Novelle zum Opferfürsorgegesetz und schloß sein Referat mit den besten Wünschen für das weitere Bestehen der Bezirksgruppe.

Der Obmann dankte dem Genossen Bernstein für sein ausführliches Referat, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Dann erfolgte die Wahl des neuen Ausschusses, die folgendes Ergebnis hatte:

1. Obmann: Genosse Alois Eichelberger.
 2. Obmann: Genosse Sepp Mühlbacher.
 1. Schriftführer: Genosse Johann Schnabel.
 2. Schriftführer: Genossin Fanny Sulzbacher.
 1. Kassier: Genosse Leo Gaisrucker.
 2. Kassier: Genosse Dieter Willibald.
- Kontrolle: Die Genossinnen Sulzbacher und Maria Plevka.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung richtete der Obmann an den Bürgermeister die Bitte, einige Worte an die Versammelten zu sprechen. Genosse Fekete kam dieser Bitte nach, dankte vor allem für die Einladung und verwies darauf, daß gerade die hier Versammelten einen entscheidenden Beitrag zur Befreiung unseres schönen und geliebten Heimatlandes beigetragen haben. Er wünschte der Bezirksgruppe weiterhin guten Erfolg bei ihrer Arbeit.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgten, dankte der Obmann dem Referenten Genossen Bernstein für sein vorzügliches Referat und schloß die Jahresversammlung mit einem herzlichen „Freundschaft!“

Salzburg

Salzburg: Zwanzig Jahre. Ganz Österreich feierte in diesen Wochen die zwanzigste Wiederkehr der Errichtung der Zweiten Republik. Aus den Trümmern des schrecklichsten aller Kriege wurde sie von Widerstandskämpfern und arbeitenden Menschen wiederaufgebaut.

Die sozialistischen Freiheitskämpfer Salzburgs haben am Dienstag, dem 4. Mai 1965, beim Mahnmahl der Republik auf dem Kommunalfriedhof in Salzburg 20 rote Nelken niedergelegt, um aller jener zu gedenken, die als Opfer der Nazi-Schreckensherrschaft ihr Leben hingeben mußten.

Die gleiche Ehrung haben die Eisenbahner Salzburgs bei der Gedenktafel in der Zugförderung Gnißl ihren von den Nazis justifizierten Kollegen zuteilwerden lassen. Dort wurden am Dienstag, dem 4. Mai 1965, durch eine Delegation 20 rote Nelken niedergelegt.

*

Hallein. Gedenkfeier. Zum 20. Jahrestag der Befreiung aus den Konzentrationslagern wurde in Hallein eine Gedenkumgebung veranstaltet. Die Stadt Hallein ehrte bei diesem Anlaß eine Reihe von Widerstandskämpfern. Unser Genosse Albert Mitsche, selbst Funktionär der Landesorganisation Salzburg, erhielt eine Ehrenurkunde, deren Text wir abdrucken.

Die Gemeindevertretung der Salinenstadt Hallein hat am 14. Mai 1965 einstimmig den folgenden Beschluß gefaßt:

Aus Anlaß der 20. Wiederkehr des Jahrestages der Wiedererlangung der Selbständigkeit der demokratischen Republik Österreich und der 10. Wiederkehr des Jahrestages, an dem der Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs abgeschlossen wurde, wird

HERRN ALBERT MITSCHKE

für seine selbstlose Einsatzbereitschaft im Kampf gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft der

DANK UND DIE ANERKENNUNG

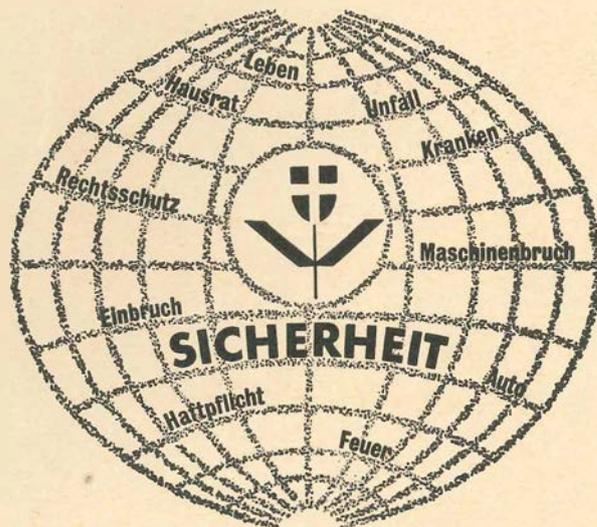
der Salinenstadt Hallein ausgesprochen.

Als äußeres Zeichen der Würdigung dieser vorbildlich patriotischen Gesinnung zur Wiedererlangung der Freiheit des demokratischen Österreich und Ihrer im KZ als ein zum Tode Verurteilter erlittenen Unbill sei Ihnen diese Ehrenurkunde zugebracht.

Hallein, am 14. Mai 1965

Nicht nur die Halleiner Genossen freuen sich über diese Ehrung; auch wir übermitteln dazu die herzlichsten Glückwünsche. Anm. d. Red.

ÜBERALL UND JEDER ZEIT



WIENER STÄDTISCHE VERSICHERUNG

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 55

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.

In allen Geldfragen:



ZENTRALSPARKASSE
DER GEMEINDE WIEN
Zweiganstalten in allen Stadtteilen

Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 5. Oktober 1965

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Telephon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Jeden 1. u. 3. Mo.
2. Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 96 ... Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b ... Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 Mi. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Marktgasse 2 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Laxenburger Straße 8/10/I Jeden 3. Di.
17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 .. Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Jodlgasse 7 Di. 18.30 bis 19.30 Uhr
14. Linzer Straße 297 Jeden 4. Fr. 18 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16. Schuhmeierplatz 17—18 Do. 17 bis 19 Uhr
16. Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a/II/26 .. Mo. ab 17.15 Uhr
18. Gentzgasse 62 Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 18 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 1. u. 3. Mo.
17 bis 18.30 Uhr
22. Donauefelder Straße 259 Jeden 2. Mo.
18 bis 19 Uhr
23. Liesing, Breitenfurter Straße 2 .. Jeden 1. u. 3. Mo.
18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

- Polizei:
19. Billrothstraße 48 Jeden 1. u. 3. Di.
(Arbeiterheim Döbling) 17.30 bis 18.30 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Mödling, Gewerkschaftsheim, Jeden Mo. u. Sa.
Wiener Straße 2 8.30 bis 11.30 Uhr
- St. Pölten, Bezirksleitung,
St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr
- Schwechat, Bezirkssekretariat Jeden 2. Do.
der SPÖ, Körner-Halle 16 bis 18 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat
der SPÖ, Hauptstraße 5 Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und Tägl. außer Sa.
Arbeiterkammergebäude 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/II/24 Tägl. außer Sa.
8 bis 10 Uhr
- Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di
Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Arbeiterheim, Paris-
Lodron-Straße 21, Zimmer 30 .. Sa. 10 bis 12 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mi.
Zimmer 17 17 bis 19 Uhr
- Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22

- Leoben, Volkshaus Jeden 2. Fr.
Wiener Straße 16 bis 18 Uhr

Tirol:

- Merano, Hötzendorfer Straße